

Protokoll 3/2018

Grosser Gemeinderat von Zug

Sitzung vom Dienstag, 10. April 2018, 17:00 – 20:15, Kantonsratssaal,
Regierungsgebäude, Zug

Vorsitz: Ratsvizepräsident Bruno Zimmermann

Protokoll: Franziska Zürcher, Kanzleisekretärin

Begrüssung, Entschuldigungen und Traktandenliste

Ratsvizepräsident Bruno Zimmermann eröffnet die 3. Sitzung des Grossen Gemeinderats in diesem Jahr und begrüsst nebst den Mitgliedern des Grossen Gemeinderats und des Stadtrates auch die Vertreter der Zuger Lokalmedien sowie vereinzelte Gäste und Franziska Zürcher, Kanzleisekretärin, die neu das Protokoll führt.

Für die heutige Sitzung entschuldigt haben sich Ratspräsident Hugo Halter, sowie die Gemeinderätinnen Eliane Birchmeier und Gemeinderätin Monika Mathers; die übrigen 37 Mitglieder des Grossen Gemeinderats sind anwesend.

Der Stadtrat ist vollzählig zugegen.

Ratsvizepräsident Bruno Zimmermann geht ohne Intervention aus dem Rat davon aus, dass dieser allfälligen Ton- und Bildaufnahmen während der Ratssitzung stillschweigend zustimmt.

Ratsvizepräsident Bruno Zimmermann stellt fest, dass kein Gegenantrag gestellt wird. Der Rat erklärt sich damit einverstanden, dass während der Sitzung Bild- und Tonaufnahmen gemacht werden.

Traktandenliste

1. Genehmigung der Traktandenliste und des Protokolls Nr. 2 vom 20. März 2018
2. Vereidigung Thomas Dubach, SVP, Mitglied GGR (Nachfolger von Beat Bühlmann)
3. Eingänge parlamentarische Vorstösse und Eingaben
4. Postulat Willi Vollenweider, parteilos, vom 21. März 2018 betreffend Verhalten im Fall von Katastrophen: Verteilung eines Informations-Merkblattes an Zuger Haushalte und Firmen
Überweisung
5. Postulat FDP-Fraktion und Mitunterzeichnende vom 27. März 2018: Keine Gebühren an Sonn- und Feiertagen auf Kurzzeitparkplätzen
Überweisung
6. Finanzstrategie 2019 bis 2025 der Stadt Zug
Bericht und Antrag des Stadtrats Nr. 2472 vom 20. Februar 2018
Bericht und Antrag der GPK Nr. 2472.1 vom 19. März 2018
7. Motion der SVP-Fraktion vom 20. März 2017 betreffend Verwendung des Kleinschulhauses Riedmatt 3
Bericht und Antrag des Stadtrats Nr. 2479 vom 13. März 2018
8. Postulat SP-Fraktion vom 24. Februar 2017: Für einen neu gestalteten nördlichen Zugang zum Bundesplatz
Bericht und Antrag des Stadtrats Nr. 2480 vom 27. März 2018
9. Mitteilungen

1. Genehmigung der Traktandenliste und des Protokolls Nr. 2 vom 20. März 2018

Zur Traktandenliste:

Das Wort wird nicht verlangt.

Ergebnis:

Ratsvizepräsident Bruno Zimmermann stellt fest, dass keine Änderungsanträge vorliegen. Die Traktandenliste gilt somit als stillschweigend genehmigt.

Das Wort wird nicht verlangt.

Ergebnis:

Ratsvizepräsident stellt fest, dass keine Berichtigungen eingegangen sind und demnach das Protokoll stillschweigend genehmigt ist.

2. Vereidigung Thomas Dubach, SVP, Mitglied GGR (Nachfolger von Beat Bühlmann)

Ratsvizepräsident Bruno Zimmermann

Mit Schreiben vom 3. Februar 2018 hat Gemeinderat Beat Bühlmann, SVP, seinen Rücktritt per 31. März 2018 bekannt gegeben. Es gilt nun, den vakanten Sitz wieder zu besetzen. Thomas Dubach hat sich bereit erklärt, per 1. April 2018 für den Grossen Gemeinderat in der Legislatur 2015-2018 tätig zu sein. Damit das neue Mitglied berechtigt ist, an den Verhandlungen des Grossen Gemeinderats teilzunehmen, muss er den Eid oder das Gelöbnis leisten. Thomas Dubach hat sich für den Eid entschieden.

Stadtschreiber Martin Würmli liest die Eidesformel vor.

Thomas Dubach antwortet mit den Worten: Ich schwöre es.

Ratsvizepräsident Bruno Zimmermann

Gemeinderat Thomas Dubach: Sie sind ab sofort berechtigt, an den Verhandlungen und Abstimmungen des Grossen Gemeinderates aktiv teilzunehmen. Ich wünsche Ihnen namens des Grossen Gemeinderats dazu viel Befriedigung und Freude und heisse Sie im Rat herzlich willkommen.

3. Eingänge parlamentarische Vorstösse und Eingaben

Postulat Willi Vollenweider, parteilos, vom 21. März 2018 betreffend Verhalten im Fall von Katastrophen: Verteilung eines Informations-Merkblattes an Zuger Haushalte und Firmen

Der Stadtrat wird beauftragt, künftig in regelmässigen Abständen alle Zuger Haushalte und Zuger Firmen sowie die Neu-Zugezogenen mit einer Informations-Schrift zum Verhalten im Fall von Katastrophen zu bedienen. Dies sowohl in gedruckter Form in jeden Briefkasten als auch auf der Stadtzuger Website sowie wo sinnvoll auf den «social medias», in den allerwichtigsten von der Bevölkerung verstandenen Sprachen.

Gesetzliche Grundlage

StrB betreffend Notorganisation vom 27. Mai 1980

Gemeindeführungsstab der Stadt Zug (GFS), 102.1, Pflichtenheft, 21. November 2017, gültig ab 1. Jan. 2018. Darin Art. 3.1 Abs. 4:

«Stadtrat ist zuständig für Informationen an die Bevölkerung und Medien»

Gesetz betreffend Massnahmen für Notlagen (Notorganisationsgesetz), 541.1 Kanton Zug

Begründung

Die Eintretens-Wahrscheinlichkeit katastrophaler Ereignisse in der Schweiz, im Kanton oder in der Stadt Zug ist zwar sehr klein, aber nicht Null. In weiten Kreisen der Zuger Bevölkerung wird das Eintreten einer ausserordentlichen Lage mittlerweile als derart unwahrscheinlich oder gar unmöglich betrachtet, dass das Bewusstsein für die Ergreifung selbst einfachster vorsorglicher Massnahmen praktisch nicht mehr vorhanden ist.

Katastrophen-Lagen können durch eine Vielzahl, in ihrer Art sehr unterschiedliche Ursachen, Entwicklungen und Vorgänge entstehen. Katastrophen sind längst nicht nur Natur-Katastrophen. Vielmehr können in unserer heutigen hochtechnisierten Gesellschaft zahlreiche Ursachen zu katastrophalen Zuständen mit schwerwiegenden Folgen führen. Die in den letzten Jahren enorm gewachsene Abhängigkeit von ICT-Technologien welche praktisch sämtliche Lebens- und Wirtschafts-Bereiche durchdringen, ist inzwischen zur wahrhaftigen Achilles-Ferse unserer Gesellschaft geworden.

Beispiele von Katastrophen sind (ohne Anspruch auf Vollständigkeit!):

- starke Erdbeben
- extreme Wetter-Ereignisse: Frost/Schnee/Eis, grosse Sturm-Ereignisse, Gewitter, Regen, Hitze, Dürre, «Atmospheric River», «Volcanic Winter» usw
- grosse Überschwemmungen, Murgänge, Erdrutsche, Felsstürze
- Zusammenbruch der Elektrizitäts-Versorgung («Blackout», Strom-Mangellage, Netz-Instabilitäten, Fehlbedienungen und -Planungen, Naturgewalten-bedingte Teilausfälle, Domino-Effekte, kriminelle Einwirkungen, Notabschaltungen zwischenstaatlicher Leitungen)
- Totaler oder teilweiser Ausfall des Internets, der Telefonie-Kommunikation und/oder der Kabel-TV-Versorgungs-Netze (Blackout, Cyber-Angriff, technische Fehler) für Private, Wirtschaft und Behörden
- elektromagnetische Natur-Ereignisse wie «Carrington Event» 1859 mit Beinahe-Wiederholung am 23. Juli 2012, extremer Solarsturm/CME, extremer magnetischer Sturm 2004, (N)EMP: Wahrscheinlicher Ausfall eines Grossteils der elektronischen Geräte und Anlagen.
- Kollaps des Finanz-Systems (Geld- und Bankenwesen)
- schwerwiegender Versorgungs-Engpass, Störung/Ausfall von Produktions- und Liefer-Ketten (Verknappung von Lebensmitteln und weiterer wichtiger Versorgungsgüter)
- Kollaps biologisch-ökologischer Systeme in der Natur/Landwirtschaft (beispielsweise Ernteausschlag durch Bienen-Sterben, «Genetic Engineering»-Fehler, epidemische Vermehrung eingeführter exotischer Schädlinge)

- schwere Beeinträchtigung oder Ausfall wichtiger kritischer Infrastrukturen (KI) (Terror, kriegerische Akte, Sabotage, Unfälle, Fehl-Manipulationen)
- Epidemien und Pandemien bei Menschen oder Nutztieren, Überhandnehmen der Antibiotika-Resistenzen, Impf-Verzicht
- Austritt gefährlicher chemischer, biologischer oder radioaktiver Stoffe in die Umwelt: KKW-Zwischenfall, Verstrahlungslage, Chemikalien-Transport-Unfall auf Schiene oder Strasse, Entweichen gefährlicher Bakterien oder Viren aus Labors in die Umwelt
- Bund, Kantone und Gemeinden haben für viele solcher Szenarien vorgesorgt. Konzepte, vorsorgliche Massnahmen, vorbehaltene Entschlüsse und dergleichen sind in der Öffentlichkeit kaum oder gar nicht bekannt. Die Öffentlichkeit hat einen Anspruch, nicht erst beim (überraschenden) Auftreten eines Ereignisses über Handlungs-Optionen und Verhaltens-Empfehlungen informiert zu werden, sondern bereits in dessen Vorfeld. Nur so kann die Bevölkerung ihrerseits vorsorgliche Massnahmen treffen und fühlt sich im Ereignisfall nicht sich selber überlassen.
- Für die Behörden ist die präventive Information der Bevölkerung eine überaus wichtige vertrauensbildende Massnahme. Der Bevölkerung kann so konkret aufgezeigt (und nachgewiesen) werden, welche Hilfestellungen das Staatswesen im Katastrophenfall zu erbringen gewillt und dafür vorbereitet ist. Eine zentrale Rolle spielt dabei der Informationsfluss der Behörden zur Bevölkerung, aber auch umgekehrt. Besonders grosse Bedeutung kommt dabei der Alarmierung und dem Aufbieten von Diensten im Sicherheits- und Rettungs-Bereich zu (Polizei, Sanität, Feuerwehr, Zivilschutz).
- In einem Teil der realistischen Katastrophen-Szenarien muss davon ausgegangen werden, dass die öffentlichen und privaten elektronischen Kommunikations-Mittel entweder sofort oder nach kurzer Zeit ausfallen oder überlastet sind (Festnetz, Mobilnetz, Polycom).
- In zahlreichen anderen Gemeinden der Schweiz gibt die Gemeinde- oder die Stadt-Verwaltung eine in regelmässigen Abständen aktualisierte Merkschrift für das Verhalten in Not- und Katastrophen-Lagen an die Bevölkerung ab. Es ist wichtig, dass dies auf gemeindlicher Ebene geschieht. Ganz besonders im Kanton Zug, wo die Dispositive für ein urbanes Gebiet wie die Stadt Zug sich doch sehr erheblich von einem Dispositiv einer kleinen ländlichen Gemeinde unterscheiden.
- Auf diesem **Merkblatt** müssten **beispielsweise folgende Informationen** stehen:
- Warnung und Alarmierung der Bevölkerung: Sirenen: «Code» für diverse Gefahren, Patrouillen-Fahrzeuge, Meldeläufer, etc., Radio und Fernsehen solange noch funktionierend, SMS, Mail, «social media», Internet usw.
- laufende Information der Bevölkerung: UKW FM welche («Luft-») Frequenz? Stadt-Zug-spezifisch welche Frequenz?, desgleichen DAB+ und/oder DVB-T?
Wie erhält die Bevölkerung aktualisierte Lage-Informationen und auf das Ereignis adaptierte Verhaltens-Anweisungen, auch um die Dauer der Beeinträchtigungen abschätzen zu können?
- «Info-Stellen». Welche Dienste werden daselbst angeboten, ab welchem Zeitpunkt und mit welchen Betriebszeiten? Der auf stadtzug.ch publizierte Plan «Sektoren und Infostellen GFS Stadt Zug (01.2018)» ist in der Bevölkerung unbekannt. Was sind die darauf eingezeichneten «Betreuungsstellen GFS» und wozu dienen die «Alarmierungsstellen GFS»?
- Wie werden Blaulicht-Organisationen ohne funktionierendes eigenes Telefon zuhause alarmiert/aufgeboten? (Polizei, Sanität, Feuerwehr, Zivilschutz etc.), wie bei Ausfall ELZ?
- Notvorrat
- Trinkwasser in Notlagen: Vorrat, Abkochen, Filtrieren?
- Verhalten bei radioaktiver Verstrahlungslage
- Verhalten bei biologischen und chemischen Verseuchungen der Umwelt

- Wo können Lebensmittel eingekauft werden (auch bei Stromausfall), welche Lebensmittel-Läden verfügen über Stromausfall-gesicherte Kühl- und Tiefgefrier-Einrichtungen mit intakter Kühl-Kette?
- Welche Bezugsquellen bleiben für lebenswichtige Medikamente in Betrieb (auch bei Stromausfall)? Öffnungszeiten?
- Welche Tankstellen im Kanton sind auch im Fall eines Blackouts weiterhin in Betrieb? Öffnungszeiten?
- Nachbarschaftshilfe (welche Rollen übernehmen die Quartiervereine und weitere Vereine? es muss/kann ja nicht alles der Staat machen!)? Erreichbarkeit der Quartiervereine?
- Wo, wie und wann kann sich die Bevölkerung mit Bargeld versorgen? (viele Bargeldautomaten funktionieren bei Stromausfall nicht, die Kreditkarten schon gar nicht)
- Wo, wie und wann werden Sanitätshilfsstellen, Samariter-Posten, Spitäler und Notspitäler in einer Katastrophenlage betrieben und wie ist die Aufnahme und Triage von Patienten und Verletzten geregelt?
- Die Angabe von Notfall-Telefonnummern ist gut, aber für den Fall des Ausfalls des Telefonnetzes immer mit alternativen Kontakt-Möglichkeiten zu ergänzen

Gegenüber früher hat sich die Informations-Situation u.a. aufgrund folgender Entwicklungen grundsätzlich verändert:

- es gibt keine gedruckten «Telefonbücher» mehr, deshalb fehlen der Bevölkerung die früher auf den hintersten Seiten der «Telefonbücher» abgedruckten Notfall-Informationen
- die Swisscom wird bald sämtliche «analogen» Telefone auf IP umgestellt haben. Dadurch fallen künftig, im Gegensatz zu früher mit der damaligen Zentralenspeisung, alle Telefonverbindungen der Haushalte bei Stromausfall sofort aus.

Es ist notwendig, solche Notlagen-Informationen (weiterhin) in gedruckter Form in die Haushalte und an die Betriebe zu verteilen, weil davon ausgegangen werden muss, dass das Internet in einer Notlage überlastet ist oder gänzlich ausfällt.

Im Übrigen gibt es zahlreiche Beispiele solcher Merkblätter, wie sie in anderen Gemeinden und Städten sowohl in gedruckter Form als auch öffentlich auf dem Internet einsehbar sind.

Literatur

WEF World Economic Forum: «The Global Risks Report 2018», 13th Edition»,
ISBN: 978-1-944835-15-6 (Copyright WEF, Geneva)

Swiss Re SONAR: «New emerging risks insights 2017», Juni 2017 (Copyright Swiss Re)

Ratsvizepräsident Bruno Zimmermann: Stellt fest, dass das Postulat heute unter Traktandum 4 zur Überweisung traktandiert ist

Postulat FDP-Fraktion und Mitunterzeichnende vom 27. März 2018: Keine Gebühren an Sonn- und Feiertagen auf Kurzzeitparkplätzen

Die FDP-Fraktion fordert den Stadtrat auf, an Sonn- und Feiertagen auf Aussenparkplätzen keine Gebühren zu erheben und die per 1. Januar 2018 erlassene Gebührenordnung für den Bereich Parkraumbewirtschaftung umgehend anzupassen.

Parkgebühren sollen nicht mit Steuergeldern quersubventioniert werden. Wer bestimmte öffentliche Leistungen in Anspruch nimmt, soll ein angemessenes Entgelt entrichten und nicht die Allgemeinheit dafür bezahlen lassen. Dieser Grundsatz findet breite Zustimmung.

Wenn der Stadtrat den Bogen aber überspannt, wie das bei der Gebührenerhöhung für Kurzzeitparkplätze geschehen ist, dann regt sich der Unmut in der Bevölkerung. Nach zwei Jahrzehnten war eine Anpassung der Parkgebühren angebracht. Ob gleich eine Verdoppelung notwendig war, bezweifeln wir. Gar kein Gespür beweist der Stadtrat allerdings, wenn er die Bevölkerung nun auch noch an Sonn- und Feiertagen zur Kasse bittet.

Wir fordern den Stadtrat auf, einen Schritt retour zu machen und die Gebührenordnung umgehend anzupassen. Kurzzeitparkplätze in der Stadt Zug sollen an Sonn- und Feiertagen weiterhin gebührenfrei benutzt werden können.

Ratsvizepräsident Bruno Zimmermann: Stellt fest, dass das Postulat heute unter Traktandum 5 zur Überweisung traktandiert ist

Interpellation FDP-Fraktion vom 22. März 2018 betreffend Reisegruppen

Mit Reisegruppen, insbesondere aus dem asiatischen Raum, konnte in der Stadt Zug Tourismus ausgebaut werden. Wir begrüßen das Engagement der verschiedenen involvierten Parteien, den Standort Zug zu fördern. Uns ist jedoch zu Ohren gekommen, dass das Verhalten von gewissen Reisegruppen zu Beanstandungen und Unbehagen geführt habe. Wir möchten dem Stadtrat die Gelegenheit geben, Gerüchten vorzubeugen und transparent zu informieren. Wir bitten deshalb den Stadtrat, folgende Fragen möglichst zeitnah und mündlich zu beantworten:

1. Wie beurteilt der Stadtrat die aktuelle Situation?
2. Gab es betreffend Touristengruppen Reklamationen aus der Bevölkerung und falls ja, welcher Art?
3. Was unternimmt der Stadtrat zu Gunsten eines friedlichen Nebeneinanders von Zuger Bevölkerung und Reisegruppen?
4. Welche Regelung gibt es betreffend Parkierung der Reiseautos?

Ratsvizepräsident Bruno Zimmermann

Der Interpellant hat mündliche Beantwortung verlangt. Stadtpräsident Dolfi Müller wird die Antworten sogleich geben.

Dolfi Müller, Stadtpräsident

Ich möchte eine ganz grosse Frage an den Anfang meiner Ausführungen stellen. Und diese ist strategischer Art und die heisst simpel und einfach: Wie viele Touristen wollen wir eigentlich in Zug? Das ist das Kernthema. Wollen wir viele, wenige, mehr. Darum dreht sich das Ganze und das wird dann möglicherweise auch zu einem Dilemma. Die Antwort des Stadtrats wurde der Interpellantin und den Fraktionschefs rechtzeitig zugestellt.

Frage 1

Wie beurteilt der Stadtrat die aktuelle Situation?

Antwort

Seit einigen Jahren besuchen regelmässig Reisegruppen aus aller Welt die Stadt Zug. Die Mehrheit der Gäste kommt aus dem asiatischen Raum. Gleichzeitig ist auch ein Anstieg des Individualtourismus erkennbar. Dazu ist folgendes zu sagen:

Trendstatistiken zeigen, dass der Tourismus weltweit zunehmen wird. Steigen werden insbesondere die Besucherzahlen aus Ländern, aus denen man früher nicht areisen durfte (China, Russland, etc.), aber auch Inder und Araber reisen mehr. Asiatische Touristen reisen gerne in Gruppen. Daneben ist aber auch der Individualtourismus steigend. Da grössere Städte teilweise logistisch überfordert sind, entdecken die Gruppen immer mehr auch mittlere und kleinere Städte. Entscheidet sich eine Stadt dafür, Gruppentourismus zu fördern, muss die Infrastruktur entsprechend ausgebaut werden. Eine Regulierung der Anzahl Reisegruppen kann zum Beispiel über eine Beschränkung der Car-Parkplätze erfolgen. Infrastrukturkosten können allenfalls über Parkgebühren für Reiseautos gedeckt werden.

Aus wirtschaftlicher Sicht gibt es drei Hauptgruppen, die vom Tourismus profitieren können:

- Hotellerie/Gastronomie
- Detailhandel
- Kulturbetriebe

Hotels und Restaurants

Die Hotels in Zug sind - insbesondere an den Wochenenden - mit dem Geschäftstourismus unterschiedlich ausgelastet und deshalb teilweise froh um eine Ergänzung mit Freizeittouristen. Einige Hotels bevorzugen eindeutig Individualtouristen. Diese wiederum verpflegen sich in den lokalen Gastronomiebetrieben der Innenstadt.

Detailhandel

Der Detailhandel ist in der entwickelten Welt aus verschiedenen Gründen rückläufig. Fachleute sprechen von Erfolgchancen durch Onlinehandel und/oder Tourismus. Da die Einrichtung von Infrastruktur für den Internethandel grosse Investitionen erfordert, bestehen für kleinere Geschäfte oft grosse Hürden. Im Hinblick auf den Tourismus sind historische Innenstädte im Vorteil, allerdings sind kleinere Geschäfte oft überfordert mit grossen Reisegruppen. Dazu kommen die sprachlichen Probleme. Für den Verkauf von werthaltigen Produkten ist die persönliche Beratung zwingend. Je nach dem muss auch das Sortiment auf die Reisegruppen ausgerichtet werden. Die Kundenbedürfnisse der Touristengruppen und der hiesigen Kundschaft sind öfters nicht deckungsgleich, was für die Anbieter eine Gratwanderung ist. Es gibt aber in der Altstadt Zug nebst den Juwelieren durchaus auch ein paar andere Geschäfte, denen es gelingt, mit Touristen ins Geschäft zu kommen.

Kulturbetriebe

Gemäss Trendstatistiken nimmt der Individualtourismus zu. Er bietet Chancen für Kulturbetriebe und für den Detailhandel. Einzelreisende in Städten besuchen oft Kulturinstitutionen, essen in lokalen Restaurants und sind auch gute "Shopper". Zu diesen Zielgruppe gehören auch neu nach Zug gezogene und Expats. Sie kennen die lokalen Kulturangebote teilweise schlecht. Um diese Zielgruppe in Zug noch gezielter anzusprechen, müsste Zug Tourismus einen entsprechenden Auftrag erhalten, die Werbeinhalte darauf auszurichten. Heute positionieren sich erst wenige Städte in der Schweiz (z.B. Basel) konsequent mit ihren kulturellen Angeboten.

Frage 2

Gab es betreffend Touristengruppen Reklamationen aus der Bevölkerung und falls ja, welcher Art?

Antwort

Ja, es gab Reklamationen betreffend geparkter Cars in der Rigistrasse. Deshalb wurde mit den Reiseanbietern das Gespräch aufgenommen und die Umsetzung strenger kontrolliert, was dazu führte, dass der Carparkplatz im Süden heute stärker genutzt wird. Dort fehlte jedoch die Infrastruktur, weshalb die Reisenden in der Umgebung nach Toiletten suchten. Entsprechend gab es besorgte und verärgerte Rückmeldungen der Nachbarschaft beim Casino sowie der umliegenden öffentlichen Kulturinstitutionen. Weiter gab es Reklamationen der Kirche, weil Touristen sich in den Kirchen nicht angemessen verhielten.

Frage 3

Was unternimmt der Stadtrat zu Gunsten eines friedlichen Nebeneinanders von Zuger Bevölkerungs- und Reisegruppen?

Antwort

Am 23. Februar 2018 hat die IG Altstadt ausserdem zusammen mit der Stadtentwicklung und mit Zug Tourismus eine Veranstaltung für Geschäfte durchgeführt, an der Fragen rund um den Handel mit asiatischen Touristen aufgenommen und mit Hilfe der Familie Lohri teilweise beantwortet wurden. Es hat sich herausgestellt, dass viele Fragen auf Sprachprobleme zurückzuführen sind.

Ende Februar wurde an der ehemaligen Buswendeschlaufe beim Theater Casino eine provisorische Toilettenanlage in Betrieb genommen. Eine bessere Beschilderung der weiteren öffentlichen Toiletten in der Umgebung ist in Vorbereitung.

Frage 4

Welche Regelung gibt es betreffend Parkierung der Reisecars?

Antwort

In der Innenstadt stehen zwei Carhaltestellen zur Verfügung, um die Passagiere ein- und aussteigen zu lassen, eine an der Rigistrasse und eine an der ehemaligen Buswendeschlaufe beim Theater Casino. Dort dürfen Reisecars auf den vier Carparkplätzen auch parkiert werden. Vier weitere Haltestellen gibt es hinter der Kaufmännischen Berufsschule. Davon sind jedoch wegen der Baustelleninstallation des Circulago zurzeit nur zwei in Betrieb. An der Rigistrasse dürfen die Cars nur anhalten und Passagiere Ein-/Aussteigen lassen. Parken ist nur mit einer Sonderbewilligung erlaubt. Eine solche wird nur für Reisegruppen erteilt, die eine Schiffsreise gebucht haben. Dies wurde vom Stadtrat 2009 mit SRB 274.09 geregelt. Gebühren fallen auf sämtlichen Carparkplätzen und Ein-/Aussteige Haltestellen keine an.

Stefan Moos

Wir meinten es gut und wohlwollend gegenüber den Touristen und dem Stadtrat mit unserer Interpellation. Vor allem weil auch das Gewerbe, Hotellerie, Gastronomie und Wirtschaft davon profitieren kann. Keinesfalls wollten wir die Touristen schlecht machen. Schliesslich ist jeder von uns schon selber Tourist gewesen oder wird es noch sein, die einen mehr die anderen weniger. Wir sollten auch den SR nicht kritisieren.

Wir haben mit der Interpellation dem Stadtrat einen herrlichen Steilpass zugespielt. Wenn ich aber die knappe Antwort des SR höre, dann habe ich das Gefühl, dass er nach kurzem Antritt abgebremst hat und den Steilpass gar nie erreichen wollte. Besonders auch, wenn ich an die Reaktionen zurück denke, welche ich nach Veröffentlichung der Interpellation erhalten habe. Für mich persönlich war das Thema gar kein grosses. Ich habe aber gespürt, dass es nun bei einigen Bürgerinnen und Bürgern unter den Nägeln brennt.

Um den Ball eher flach zu halten, haben wir uns bewusst für eine mündliche dafür rasche Beantwortung entschieden. Diese beiden Forderungen hat der SR übrigens bestens erfüllt. Ich habe mich unmittelbar nach der Einreichung auch proaktiv mit dem SR in Verbindung gesetzt, und anlässlich einer Besprechung zusätzliche Erläuterungen abgegeben, in welcher Richtung wir das eigentlich gemeint haben.

Der SR mit der Antwort die Chance gehabt, die aufkommende Unzufriedenheit im Keime zu beruhigen, bevor es zu brodeln beginnt. Er hätte die Möglichkeit gehabt, hartnäckige Gerüchte definitiv aus der Welt zu schaffen

Zur Frage 3

Bessere Beschilderung der WC's sei in Vorbereitung. Eine provisorische Toilettenanlage wurde aufgestellt. Eine Veranstaltung wurde durchgeführt, bei der Fragen teilweise beantwortet werden konnten.

Ist das alles? Ist meine spontane Reaktion.

Irgendwie wurden auch unsere Fragen nur teilweise beantwortet. Als Tourismus-Laie und als mehr per Zufall in dieses Thema geratener, sind mir bei einem gedanklichen Brainstorming schon einige Ideen mehr in den Sinn gekommen.

Man hätte

- mit Zug Tourismus Kontakt aufnehmen können um Ideen zu entwickeln
- Die Fussgängerströme dieser Reisegruppen allenfalls anders steuern?
- Mit den Reiseveranstaltern und Reiseführern dieser Gruppen in Kontakt treten?
- Man könnte vielleicht einen Flyer mit Verhaltensregeln in entsprechenden Sprachen erstellen und abgeben
- Piktogramme, wie man bei uns WC's benutzt hat man schon an anderen Orten gesehen
- Evtl. könnte man den Reinigungsrhythmus der öffentlichen WC's verkürzen
- Allenfalls die Erstellung einer definitiven WC-Anlage bei der Busschleife Casino in Betracht ziehen
- Evtl. Carpark-Gebühren? Ist zurzeit ein heikles Thema, deshalb habe ich es auch nicht an erster Stelle genannt.
- Die Einstiegsfrage von Dolfi Müller - wie viele Touristen wir eigentlich wollen – hätte auch in der Beantwortung angesprochen werden können.

Wie schon einleitend gesagt: Wir wollen den Ball flach halten. Wir wollten dem Stadtrat einen Steilpass, eine Chance geben. Wir vermissen aber den Willen des Stadtrats, diesen Steilpass erlaufen zu wollen. Deshalb sehen wir uns gezwungen, die ablehnende Kenntnisnahme der stadträtlichen Antwort zu beantragen.

Abstimmung

Über den Antrag der Interpellantin für ablehnende Kenntnisnahme:

Für den Antrag der Interpellantin stimmen 6 Ratsmitglieder. Ratsvizepräsident Bruno Zimmermann verzichtet auf das Auszählen des Gegenmehrs.

Ergebnis

Ratsvizepräsident Bruno Zimmermann stellt fest, dass die Interpellation der FDP-Fraktion vom 22. März 2018 betreffend Reisegruppen beantwortet ist und als erledigt von der Geschäftskontrolle abgeschrieben werden kann.

Interpellation SVP-Fraktion vom 9. April 2018 betreffend Budgetierung in der Parkraumbewirtschaftung

Die SVP Fraktion reicht die folgende Interpellation ein. Dies vor folgendem Hintergrund. Das Budget 2018 sieht bei der Position „Parkraumbewirtschaftung“ eine Einnahmesteigerung von rund 20 % vor (von CHF 4.059 Mio. auf CHF 4.8725 Mio.; der effektive Ertrag 2016 betrug CHF 4.319 Mio., die Zahlen 2017 liegen noch nicht vor). Durch die Einführung der neuen Gebührenordnung (kurz zusammengefasst: Verdoppelung der Gebühren, Ausweitung der Erhebung von 19.00 bis auf 23.00 Uhr sowie auf die Sonn- und Feiertage) und die Eröffnung des Parkhauses am Postplatz scheint auf den ersten Blick eine sehr starke negative Korrelation zwischen Gebührenhöhe und Einnahmen zu bestehen, welche sich in eine sehr starke Preiselastizität der Nachfrage mündet (werden die Parkplatzgebühren stark erhöht, sinkt die Nachfrage nach Parkplätzen weit überdurchschnittlich). Da ein Rückgang dieser Nachfrage einen sehr starken Einfluss auf Kauf- und Freizeitverhalten mit sich zieht, reicht die SVP-Fraktion folgende Interpellation ein:

Wann wurde der definitive Entscheid über der Einführung der neuen Parkgebührenordnung gefällt?

Falls dieser nach der Budgetdebatte gefällt wurde, stellen sich folgende Fragen:

- Ist der Stadtrat überzeugt, dass die neue Gebührenordnung zu keinen wesentlichen Mehreinnahmen führen wird?
- Wenn Nein, welche Gegenmassnahmen beabsichtigt der Stadtrat, um die Auslastung der Zuger Parkhäuser und der Aussenparkplätze zu erhöhen (einfach erklärt: Wenn die Gebühren sehr stark erhöht werden und die Gesamteinnahmen nicht wesentlich steigen, bedeutet dies, dass viel weniger parkiert wird)?

Falls dieser Entscheid vor der Budgetdebatte gefällt wurde:

- Aufgrund von welchen Modellrechnungen wurden die Einnahmen budgetiert?
- Welche Gegenmassnahmen beabsichtigt der Stadtrat, um die Auslastung der Zuger Parkhäuser und der Aussenparkplätze zu erhöhen (einfach erklärt: Wenn die Gebühren sehr stark erhöht werden und die Gesamteinnahmen nicht wesentlich steigen, bedeutet dies, dass viel weniger parkiert wird)?

Wir bedanken und für die schriftliche Beantwortung unserer Fragen.

Ratsvizepräsident Bruno Zimmermann: Die Interpellantin wünscht die schriftliche Beantwortung ihrer Fragen. Gemäss § 43 Abs. 2 hat der Stadtrat hierfür drei Monate Zeit.

Kleine Anfrage Philip C. Brunner, SVP, vom 26. März 2018 zum neuen Parkhaus Postplatz Zug

In der **Abstimmungsbroschüre** zum neuen „Parkhaus Postplatz Zug“ aus dem Jahre 2008 standen zu den neuen Parkplätzen folgende Zitate (Seite 10):

http://www.stadtzug.ch/dl.php/de/0chsz-po5ipf/Abstimmungsbroschuere_08.06.01.pdf

*„4. Kauf von Parkplätzen: Die private Bauherrschaft benötigt **nur zwei der vier Parkgeschosse** im Parkhaus Post für den **Eigenbedarf**. Stadtrat und Grosser Gemeinderat haben beschlossen, diese Gelegenheit zu ergreifen und zwei Geschosse mit insgesamt **maximal 100 öffentlichen Parkplätzen** zu übernehmen. Am 8. Mai 2007 hat der Stadtrat mit den Eigentümern der Parzellen einen öffentlich beurkundeten Vorvertrag zum Erwerb von Autoeinstellplätzen in der Tiefgarage Postplatz unterzeichnet. Die Vertragsparteien einigten sich, dass der Kaufpreis aufgrund einer offenen Bauabrechnung festzulegen ist. Der Stadtrat wurde anschliessend durch den Grossen Gemeinderat ermächtigt, den Hauptkaufvertrag gemäss den Bestimmungen des Vorvertrags abzuschliessen. Der Kaufpreis pro Parkplatz liegt gemäss der Kalkulation aus dem Vorvertrag bei rund CHF 90'000.- pro Parkplatz, für 100 Parkplätze also bei total rund CHF 9 Mio. Unter Berücksichtigung des in Seenähe sehr schwierigen Baugrundes entspricht dieser Kaufpreis dem ortsüblichen Marktpreis.“*

Auf der städtischen Homepage steht heute noch, 10 Jahre später, dazu noch folgendes (Veröffentlichung, Stand: 01.06.2008):

http://www.stadtzug.ch/de/verwaltungspolitik/politik/abstimmungsergebnisse/welcome.php?action=showobject&object_id=180804

*„.... kann die Stadt Zug hinter dem denkmalgeschützten Hauptpost-Gebäude **100 öffentliche Parkplätze** in einem neuen Parkhaus übernehmen. **Zusätzlich entstehen im Parkhaus mindestens 25 Kunden- und Besucherparkplätze.***

Bekanntlich wurden die 100 Plätze in der Zwischenzeit von der Pensionskasse Stadt Zug (PK Stadt Zug) gekauft. An der GGR-Sitzung vom 20. März 2018 orientierte uns ein Mitglied, dass er bei einem Augenschein insgesamt **197 Parkplätze** gezählt habe. (Und zwar wie folgt: 1. UG 47, 2. UG 51, 3. UG 42, 4. UG 57). Am Samstag, 28. April 2018, 10 Jahre nach der Abstimmung soll das neue Parkhaus am Postplatz eröffnet werden. In diesem Zusammenhang bitten wir den Stadtrat höflich um Auskunft zu folgenden Fragen:

1. Versteht der Stadtrat unter einem „öffentlichen Parkplatz in einem Parkhaus“ ebenfalls einen gebührenpflichtigen Parkplatz, der Besuchern für eine kürzere oder längere Zeit vermietet wird, dies im Unterschied zu einem fest vermieteten „Dauerparkplatz mit einem Mietvertrag“?.
2. Wie viele Parkplätze sind von der Stadt Zug tatsächlich **total** bewilligt worden bzw. können ab 1.5. benützt werden (bitte im Detail, wie viele Behindertenparkplätze, wie viele Parkplätze sind genau auf jedem Stock, inkl. technische Abstellplätze, benutzbare Parkplätze im Total)?
3. Wie viele Parkplätze werden durch die „Betreibergesellschaft Parkhaus Postplatz Zug*“ an Dauermieter fest vermietet und stehen Besuchern somit nicht zur Verfügung? Zu welchen Bedingungen, bzw. Preis pro Monat sind diese Dauerparkplätze vermietet worden? Stehen die versprochenen 25 Plätze (siehe Homepage www.stadtzug.ch) heute tatsächlich **zusätzlich** als Besucherparkplätze zur Verfügung?
4. Wie viele Parkplätze werden gesamthaft durch PK Stadt Zug öffentlich vermietet? Sind diese im 1. und 2. UG? Gibt es auch Parkplätze der PK Stadt Zug, die fest an Dauermieter vermietet wurden? Wenn ja zu welchen Preisen und Bedingungen?

5. Wie hoch sind bei der Eröffnung die Preise der öffentlich vermieteten Besucher-Parkplätze (pro Stunde, pro Tag etc.) Hält sich die PK Stadt Zug an den Gebührentarif ab 1.1.2018 der Parkhäuser, welche durch die Stadt gehören/betrieben werden? Und wenn ja, warum?
6. Vergleichsweise: Wie viele Besucherparkplätze umfasst das Parkhaus Frauensteinmatt? Wie hoch sind die jährlichen Einnahmen aus diesem Parkhaus. Gibt es auch dort fest vermietete Parkplätze, wenn ja wie viele und zu welchem Preis pro Monat? Wie viele Besucherparkplätze umfasst das Parkhaus Altstadt Casino? Dort gibt es sichtbar vermietete Dauerparkplätze auf Monatsbasis, wie hoch ist der dortige Preis inkl. MwSt. und Nebenkosten?
7. Die Höhe des Kaufs von CHF 90'000.- pro Parkplatz gab schon 2008 zu reden. Gab es beim Bau die erwarteten baulichen Schwierigkeiten? (Zitat Abstimmungsbroschüre: „*Unter Berücksichtigung des in Seenähe sehr schwierigen Baugrundes entspricht dieser Kaufpreis dem ortsüblichen Marktpreis*“ . Wann kann die PK den Bau definitiv abrechnen?

Ich danke dem Stadtrat für die pünktliche Beantwortung meiner Fragen, wenn möglich mit aktuellen Planbeilagen der vier unterirdischen Parkplätze und weiteren relevanten Informationen.

Ratsvizepräsident Bruno Zimmermann: Stellt fest, dass der Stadtrat für die Beantwortung der Kleinen Anfrage 30 Tage Zeit hat.

4. Postulat Willi Vollenweider, parteilos, vom 21. März 2018 betreffend Verhalten im Fall von Katastrophen: Verteilung eines Informations-Merkblattes an Zuger Haushalte und Firmen Überweisung

Der Wortlaut des Postulats befindet sich auf Seite 5 f dieses Protokolls

Gregor Bruhin

Wir haben die Überweisung dieses Postulats in unserer Fraktionssitzung sehr eingehend diskutiert und ich kann auch aus meiner persönlichen Sicht sagen: Als Offizier habe ich eigentlich Sympathien für dieses Anliegen. Ich denke es ist gut gemeint. Aber wenn wir uns überlegen, was für Katastrophen eigentlich die Abfolge in einer Stadt, in einer Gemeinde oder auch im Kanton ist, dann kommen wir zum Schluss, dass die Überweisung dieses Postulats nicht nötig ist. Wir haben in der Gemeinde Zug oder in der Stadt Zug einen Gemeindeführungstab. Der ist dafür verantwortlich, wenn wir gemeindliche Katastrophenereignisse grossen Ausmasses haben. Dasselbe gilt auch auf kantonaler Ebene, oder wenn weitere Gemeinden von einem grossen katastrophalen Ereignis betroffen sind, wie dies zum Beispiel in der Stadt Zug mit der Vorstadtkatastrophe der Fall war. Im Gemeindeführungstab haben wir als Katastrophenorganisation militärisches Know-how, wir haben Zivilschutz-Know-how, wir haben Feuerwehr-Know-how und wir haben auch politisches Know-how, weil wir haben dort ja Vertreter vom Stadtrat, die ebenfalls Teil des Gemeindeführungstabs sind. Ich selbst habe Mal, als ich noch in der Stadtverwaltung Zug gearbeitet habe, an einer dieser Schulungen mitgemacht. Da haben wir in einem Callcenter geübt, wie wir reagieren müssen bei einer Katastrophe, wenn Nachfragen von Medien oder von der Bevölkerung kommen. Wenn zum Beispiel ein Hang runterkommt und jemand verschüttet ist. Diese Personen werden dann gesucht und man kann noch nicht Auskunft geben. Diese Trainings haben immer sehr gewissenhaft und gut funktioniert. Und ich glaube das ist auch der richtige Weg, weil im Endeffekt ein Informationsblatt nicht unbedingt nützlich ist. Vor allem nicht in der heutigen Zeit. Weil, erstens sind vermutlich nicht alle zu Hause, wenn eine Katastrophe passiert, tragen vermutlich auch nicht immer dieses Katastrophenblatt mit sich herum und wahrscheinlich wirft der Grossteil der Bevölkerung das Blatt ins Altpapier. Das ist vermutlich der Ablauf. Ich kann Ihnen ja sagen und möchte Sie fragen: Wer von Ihnen weiss noch, wo die Jodtabletten sind, die Sie vor zwei, drei Jahren zugestellt bekommen haben? Also ich habe sie nicht mehr oder weiss nicht mehr wo diese sind. Aber wie gesagt, ich denke, dieses Postulat nimmt ein Anliegen auf, das sicher wichtig ist. Bei Katastrophen muss man professionell und gut arbeiten und reagieren können. Ich denke, das wird über den Gemeindeführungstab sichergestellt. Mit diesem Postulat, würden wir jetzt den Stadtrat ein bisschen beüben, relativ unnötig. Und im Endeffekt haben wir dann vielleicht ein Infoblatt zu Hause, wenn es gebraucht wird, wird es dann vermutlich aber nicht zugänglich sein. Ich denke diesen Aufwand können wir uns sparen und das Postulat nicht überweisen, was auch der Antrag der SVP-Fraktion ist.

Willi Vollenweider

Ich danke für die Gelegenheit hier sprechen zu dürfen. Es geht ja um eine relativ kleine Sache. Man könnte so ein Merkblatt beispielsweise dem Stadtmagazin beilegen. Es geht nicht darum eine separate Postverteilung zu organisieren. Und die Druckkosten, glaube ich, wären überschaubar. Die Informationen, die ich mir auf diesem Merkblatt wünschte, sind ja sowieso vorhanden. Die Organisation dieser Krisenstäbe ist intakt und die haben alle diese Vorarbeiten bereits geleistet. Es ist also überhaupt nicht mit viel Arbeit verbunden. Wie bin ich auf die Idee gekommen? Ich habe ein kleines Ferienhäuschen im Berner Oberland, in einer Gemeinde die wesentlich kleiner ist als die Stadt Zug und die bringen das fertig. Die schicken mir alle zwei bis drei Jahre ein nachgeführtes Merkblatt für Verhalten in Not- und Katastrophensituationen und das hängt selbstverständlich bei mir am Anschlagbrett in diesem Ferienhäuschen. Wenn ich dort

bin, kann ich das konsultieren und die Informationen da entnehmen. Ich möchte vorausschicken, das Thema interessiert mich persönlich. Es ist eines meiner Hobbies, gehört zu meinem Hobby Sicherheitspolitik. Ich war auch Mitglied der Gruppe Informations- und Kommunikationstechnologie bei der SVO 14. SVO 14, das sind Übungen die landesweit alle vier bis fünf Jahre stattfinden. Es geht um den Sicherheitsverbund, Sicherheitsverbund-Übung 14 hat sich mit einem Blackout und einer Pandemie beschäftigt. Das war eine sehr hochkarätig zusammengesetzte Gruppe. Diese IKT-Gruppe hat mehrmals getagt und Beiträge zur Redaktion des Schlussberichtes geliefert. Es ist einfach ganz wichtig, dass die Bevölkerung vorsorglich Informationen erhält und nicht erst im Ereignisfall, nicht erst im Katastrophenfall. Gregor Bruhin hat hier von Callcentern erzählt. Diese Callcenter sind gar nicht mehr in Betrieb, bei einem Blackout beispielsweise. Die Stadt hat vielleicht in ihrem Katastrophenführungsstabslokal noch eine Notstromgruppe, das würde ich fast annehmen, aber die Bevölkerung ist bei einer stromlosen Stadt Zug ohne Telefonverbindungen. Und die Handynetze, die Mobilfunknetze, fallen entweder sofort oder nach kurzer Zeit ebenfalls aus, weil diese gar nicht für solche Situationen konzipiert sind. Der Fall eines Blackouts, also ein Stromausfall in einer grösseren Region über eine längere Zeit, ist in der Tat eine relativ wahrscheinliche Entwicklung, die eintreten könnte. Ich möchte hier nicht alle Gründe darlegen, aber ein Blackout wird auch vom Bund, als sehr wahrscheinlich angeschaut. Wir müssen einfach davon ausgehen, dass das Internet und die Telefonverbindungen nicht mehr laufen. Und dann bin ich froh, habe ich ein gedrucktes Merkblatt alter Technologie, Gutenberg-Technologie, die in einem solchen Fall noch funktioniert. Und dann kann ich schauen, wo Infostellen sind oder welche Frequenzen ich mit meinem Autoradio, das selbstverständlich auch bei einem Blackout läuft, hören um Anweisungen der Exekutive an die Bevölkerung zur Kenntnis zu nehmen und mich entsprechend zu verhalten. Im Weiteren konnten Sie das Postulat ja durchlesen. Ich hoffe Sie stimmen der Überweisung zu, besten Dank.

Abstimmung

über den Antrag der SVP-Fraktion für Nichtüberweisung:

Für Nichtüberweisung stimmen 13 Ratsmitglieder, für Überweisung stimmen 22 Ratsmitglieder.

Ergebnis

Ratsvizepräsident Bruno Zimmermann stellt fest, dass der Rat dem Antrag auf Nichtüberweisung nicht zugestimmt hat. Das Postulat ist somit an den Stadtrat überwiesen. Dieser hat nun ein Jahr Zeit für den Bericht und Antrag.

5. Postulat FDP-Fraktion und Mitunterzeichnende vom 27. März 2018: Keine Gebühren an Sonn- und Feiertagen auf Kurzzeitparkplätzen

Überweisung

Der Wortlaut dieses Postulats befindet sich auf Seite 8 dieses Protokolls

Gregor Bruhin

Die SVP-Fraktion beantragt Ihnen dieses Postulat nicht zu überweisen. Da mögen die einen oder anderen von Ihnen sich nun erstaunt die Augen reiben und sich fragen: ist das nicht eine der Kernforderungen der SVP? Und genau dies ist das gefährliche an diesem Postulat. Im Grossen und Ganzen sprechen nämlich drei Gründe ganz konkret gegen die Überweisung des Postulats. Erstens: In der gesamten Diskussion rund um die völlig übertriebene Parkgebührenerhöhung in der Stadt Zug pickt sich die FDP nur einen Teil heraus, nämlich jenen des Parkierens an Sonn- und Feiertagen. Die massive Gebührenerhöhung als solches jedoch rechtfertigt die FDP indirekt. Unter anderem mit der Forderung: «Parkgebühren sollen nicht mit Steuergeldern quersubventioniert werden. Wer bestimmte öffentliche Leistungen in Anspruch nimmt, soll ein angemessenes Entgelt entrichten und nicht die Allgemeinheit dafür bezahlen lassen», Zitatende. Dabei sei festzuhalten, dass vor der Parkgebührenerhöhung bereits eine Gewinnmarge von 22% in der Parkraumbewirtschaftung erfolgte. Das heisst, von einer Quersubventionierung durch Steuergelder kann hier nicht im Entferntesten die Rede sein. Noch weniger, wenn man die völlig übertriebene Erhöhung ab 2018 miteinberechnen würde. Zweitens: Heute wurde die Initiative «Ja zur Parkraumbewirtschaftung mit Mass» mit 835 Unterschriften eingereicht. Die Initiative ist innert 40 Tagen zustande gekommen. Im Forderungskatalog der Initiative steht, dass die Parkgebührenindexierung nach klaren Faktoren zu erfolgen hat, dass die Parkplätze in drei Zonen eingeteilt werden müssen, dass genügend Behindertenparkplätze angeboten werden müssen und, das ist jetzt ganz wichtig, dass an Sonn- und Feiertagen wieder kostenlos parkiert werden kann. Sie sehen, das Postulat der FDP kommt zu spät und vor diesem Hintergrund wäre es eigentlich vernünftig, wenn die FDP das Postulat heute zurückziehen würde. Falls nicht, bringt uns das nämlich zum dritten und letzten Punkt: Das Postulat führt zu einem unnützen Leerlauf. Die Forderung der Postulanten ist wie gesagt in der genannten Initiative, die auch Freisinnige zuhauf unterschrieben haben, abgedeckt. Diese muss in den nächsten 6 Monaten zur Abstimmung kommen. Für die Postulatsbeantwortung hat der Stadtrat 12 Monate Zeit. Daher gäbe es nur zwei Wege: Entweder der Stadtrat beantwortet das Postulat vor der Abstimmung, wogegen, wie ich glaube, diverse Gründe aus Sicht des Stadtrats sprechen oder er beantwortet das Postulat nach der Abstimmung über die Initiative. Die Initiative ist dann entweder angenommen oder abgelehnt, so oder so spielt dann das Postulat keine Rolle mehr. Sparen wir uns also diesen Leerlauf und sparen wir hier dem Stadtrat unnötige Arbeit. Aus diesen genannten Gründen beantragt Ihnen die SVP-Fraktion das Postulat nicht zu überweisen. Herzlichen Dank für Ihre Unterstützung.

Stefan Moos

Gregor, du hast es vorweggenommen: der Antrag der SVP überrascht schon ein wenig. Denn man kann auch hineininterpretieren, wie du das schon vorweggenommen hast, dass die SVP will, dass auch an Sonn- und Feiertagen Gebühren erhoben werden. Ich betone noch einmal: Man kann hineininterpretieren. Auch aus taktischer Sicht müsste die SVP das Postulat durchwinken. Weil, es könnte ja auch passieren, dass ihre Initiative irgendwo auf einer Stufe scheitert und mit dem Postulat hätte die SVP wenigstens den Spatz in der Hand. Aber hier und jetzt spielt die Taktik ja keine Rolle, sondern Wahltaktik gibt den Ton an. Wir von der FDP werden selbstverständlich das Postulat einstimmig überweisen. Die SVP wird vermutlich einstimmig das Postulat nicht überweisen wollen. Darum wende ich mich nachfolgend in erster Linie an die vielleicht noch Unentschiedenen in den vorderen Reihen im Saal. Parlamentarische Vorstösse

werden in der Regel von diesem Rat überwiesen, sofern sie nicht total daneben sind oder, wenn man das Anliegen auf keinen Fall und in keiner Weise umsetzen will. Total daneben ist das Postulat auf keinen Fall, denn viele Reaktionen, welche an uns herangetragen wurden, störten sich vor allem an der Ausweitung der Parkgebühren auf die Sonn- und Feiertage. Und ein Leerlauf, wie das Gregor gesagt hat, ist es auch nicht. Es könnte auch ein Vorteil sein für die SVP, ich habe das schon angetönt, wenn ihre Initiative vom Volk abgelehnt wird könnte der Stadtrat im Nachgang zumindest die Gebühren an Sonn- und Feiertagen wieder streichen. Der Stadtrat kann und darf aber auch vor der Initiative dieses Postulat beantworten, sofern es überwiesen wird. Ich wage auch zu behaupten, aus den Gesprächen mit Stadträten herausgehört zu haben, dass der Stadtrat im Nachhinein selber gemerkt hat, dass er da etwas zu wenig Gespür hatte. Die Initiative geht uns zu weit, uns geht aber auch der Stadtrat ein bisschen zu weit. Die Initiative geht uns vor allem zu weit, weil sie verlangt, dass die Gebühren jeweils bei Legislaturbeginn vom GGR festgesetzt werden sollen. Wir haben im Vorstand und in der Fraktion dieses Thema intensiv diskutiert und haben uns dann für dieses recht unbürokratische Postulat entschieden. Einige Kolleginnen und Kollegen in diesem Saal würden vielleicht sogar noch weiter gehen wollen als der Stadtrat. Diesen gebe ich mit auf den Weg, dass man unser Postulat durchaus als eine Art mehrheitsfähigen Gegenvorschlag zur Initiative einstufen kann.

Aus diesen Gründen hat es unser Postulat verdient, überwiesen zu werden. Deshalb bitte ich Sie, uns zu unterstützen und das Postulat «keine Gebühren an Sonn- und Feiertagen auf Kurzzeitparkplätzen» zu überweisen. Herzlichen Dank.

Gregor Bruhin

Ich möchte nur kurz auf den Anfang von Stefan Moos' Ausführungen zurückkommen. Also da hast du natürlich schon mit sehr viel Lust und Fantasie interpretiert oder ich habe mich zu unklar ausgedrückt am Beginn. Was unsere Sorge ist, ist überhaupt nicht, dass man an Sonn- und Feiertagen nicht sollte gratis parkieren können oder umgekehrt. Das wollen wir selbstverständlich, nur ist das ein kleiner Teil bei euch und ihr schreibt in eurem Postulat so, dass wir nicht mehr interpretieren müssen. Man liest daraus, dass die Gebührenerhöhung als solches sonst in Ordnung ist und dass nur das Parkieren an Sonn- und Feiertagen euer Anliegen ist. Und da sind wir konkret nicht dieser Meinung. Wir finden die Gebührenerhöhung so inadäquat, aber auch das Sonn- und Feiertagsparkieren. Und wir wollen diese beiden Punkte, die zentral sind und die auch die Leute Stadt sehr ärgern, nicht gegeneinander ausspielen. Du hast dich vorhin sehr rührselig an die vorderen Reihen gewandt und an diese wende ich mich jetzt auch, teilweise. Ich denke aus dieser Sicht gesehen – und da haben wir vielleicht (unverständlich, evtl. "Berührungspunkte") als die FDP – wenn wir Gebühren immer mehr verursacher- und vollkostengerecht aufstellen, dann wird das Ganze immer asozialer. Und diese Diskussion, diese Haltung, habe ich auch von verschiedenen Seiten hier im Rat gespürt. Also wir vor einem Jahr, beispielsweise beim Mittagstisch und anderen Gebührenerhöhungen darüber diskutiert haben. Also man müsste dann schon konsequent sein und das auch an anderen Orten machen. Da hat dieser Rat hier gesagt, dass wir das nicht tun. Auch, als es vor einem Jahr darum gegangen ist, von einer grossen Palette an Gebührenerhöhungen Kenntnis zu nehmen. Also hier möchte ich an das ein bisschen erinnern und habe.

David Meyer

Wer fährt am Sonntag in die Stadt? Die Besucher. Im Unterschied zur FDP, welche aus der Interpellation von vorhin zu schliessen, Angst hat, dass plötzlich Besucher von fern und nah in die Altstadt kommen, begrüssen wir von der GLP die Gäste gerne. Die Gastronomie, das Gewerbe blüht, die Leute sind fröhlich und die Altstadt wird belebt. Wer fährt am Sonntag sonst noch in die Stadt? Familien. Die meisten Fahrzeuge sind mittel- bis gut besetzt, mit Kind und Kegel und Velöli und sind so auch verständlich und passabel ausgelastet. Und die Stadtkasse? Die ächzt bekanntlich nicht mehr unter der Ausgabenlast und deshalb brauchen wir die Besucher

nicht mit einem Obolus zu belästigen. Aus unserer Sicht ist es also ökologisch vertretbar, gastronomisch erfreulich und finanziell tragbar, was das Postulat anregt. Deshalb finden wir das Postulat prüfenswert und werden es überweisen.

Astrid Estermann

Die Fraktion der Alternative-CSP wird das Postulat überweisen und zwar einzig aus dem Grund, Stefan hat es schon angetönt, wir finden, dass Postulate grundsätzlich überwiesen werden sollen, wenn sie nicht vollkommen sinnlos sind oder gegen eine Gesetzgebung verstossen. Und wir sind auch froh, wenn ab und zu auch unsere Postulate überwiesen werden, auch wenn sie vielleicht nicht genau dem Gedankengut der anderen Parteien entsprechen. So können wir dem Stadtrat die Chance übergeben, dazu Stellung zu beziehen. Danach können wir dann ausführlich über den Inhalt des Postulats diskutieren.

Martin Eisenring

Auch die CVP wird hier die Überweisung unterstützen. Es ist natürlich schon so, dass das Thema von verschiedenen Seiten aufgegriffen wurde, mit der Initiative und dann diesem Postulat, und man sich hier gegenseitig in die Hände spielt oder eben auch nicht. Von dem her ist es unseres Erachtens natürlich schon nicht von der Hand zu weisen, dass hier auch wahltaktische Überlegungen dahinter gestanden sind. Aber wie gesagt, auch wir schätzen das Prinzip, dass wir Postulate überweisen höher, als das wir hier in diesem Spiel mitspielen möchten. Was uns aufgefallen ist an diesem Postulat, ist, dass es allenfalls ein bisschen schnell gemacht wurde. Es gäbe doch gewisse andere Aspekte, die man vielleicht prüfen sollte und das möchte ich gerne auch dem Stadtrat mitgeben: Dass man prüft, ob nicht auch am Samstagnachmittag nach Ladenschluss die Zeiten wieder etwas verkürzt werden sollten. Dies ist ein Moment, wo es im Prinzip nicht mehr so wichtig ist, und wo wir nicht mehr unbedingt möchten, dass die Plätze sehr kurz genutzt werden. Ich möchte hier einfach den Stadtrat bitten, dass er sich nicht nur ganz eng an den Rahmen dieses Postulats hält, sondern dass er allenfalls, sei dies im Rahmen eines Gegenvorschlags zur Initiative oder auch überhaupt, nochmals die Parkplatzsituation und die Gebührenfrage überdenkt. Und dass der Stadtrat doch erkennt, dass dies ein wichtiges Thema ist für die Stadtbevölkerung und dass man hier den Kreis nochmals etwas auf tut. Aber wir werden die Überweisung unterstützen.

Philip C. Brunner

Ich nehme Bezug auf eine Aussage, die der Fraktionschef der FDP, Stefan Moos, vorher erwähnt hat. Und er hat das auch in seinem Standpunkt in der Zuger Zeitung geschrieben. Er hat dort das Wort vom «türkischen Bazar» gebraucht. Sie wissen um was es geht, er hat auch heute wieder gesagt, der Rat sei nicht in der Lage Gebühren festzulegen. Ich kann dir einfach dazu sagen: Wir haben letztes Jahr dreimal über Gebühren gesprochen, der Rat ist jedes Mal zu einem klaren Entscheid gekommen. Die GPK hat gestern Abend mit einem Eineinhalbstunden-Budget genau eine halbe Stunde gebraucht, um die Gebührenordnung durchzuberaten und Ihnen einen konkreten Vorschlag zu machen, das ist überhaupt kein Problem. Überhaupt kein Problem. Also das finde ich eine Geringschätzung dieses Rates, wenn wir nicht mehr in der Lage sein sollten Gebühren festzulegen. Und das alle vier Jahre noch dazu. Die Parkgebühren festlegen, also dazu sollten wir, glaube ich, auch in der nächsten Legislatur fähig sein. Ich danke.

Urs Bertschi

Aus meiner Sicht nur kurz. Also grundsätzlich fühlt sich die SP natürlich gebauchpinselt, dass wir von bürgerlicher Seite hier wiederum zum Machtfaktor hochstilisiert werden. Und ich denke, der Alternative-CSP wird es gleich gehen. Wir werden natürlich die Chance nutzen, hier das Zünglein an der Waage zu spielen – nein, Spass beiseite – wir haben grundsätzlich Stimmfreigabe beschlossen. Ich hätte eher noch eine Verständnisfrage. Der Titel dieses Postulats

lautet ja «Keine Gebühren an Sonn- und Feiertagen auf Kurzzeitparkplätzen». Meine Damen und Herren, ich gebe hier zu Protokoll bekannt, dass - zumindest in meinem Verständnis – ein Kurzzeitparkplatz ein solcher ist, der in etwa mit maximal 30 Minuten Parkzeit belegt ist. Ich ersuche den zuständigen Stadtrat dies hier noch zu präzisieren.

Urs Raschle:

Das ist richtig, ist so.

Urs Bertschi:

Gut. Ich glaube, dann können wir auch im Lichte des Kostendeckungsprinzips dieses Postulat ohne weiteres überweisen und ich hoffe insbesondere, dass der Stadtrat die der noch zu führenden Diskussion auch die verwaltungsrechtlichen Prinzipien diesem Rat noch einmal näherzubringen versucht, dass das Verständnis hier wirklich endlich mal wächst. Und, dass er sich vielleicht auch dazu nochmal äussert, was Exekutiv- und was Legislativaufgabe ist. Dem GPK-Präsidenten scheint das noch nicht ganz klar zu sein.

Stefan Moos

Ich möchte nur noch kurz Replik nehmen zu den Aussagen von Philip Brunner: Wenn du mir unterstellst, dass ich diesen Rat für gewisse Sachen nicht fähig halte, dann bin ich schon enttäuscht, dass du mich in all den Jahren noch nicht besser kennengelernt hast. Das würde ich diesem Rat nie und nimmer unterstellen. Meine Aussage, vor allem im Standpunkt, ging dahin, dass ich mir bildlich vorgestellt habe, wie es zugeht, wenn man Gebühren in Frankenbeträgen festlegt. Dann haben wir zum Beispiel vier Anträge: 1.50 Fr., 2 Fr., 2.50 Fr., 0.50 Fr. Und ihr kennt das Abstimmungsprozedere bei Mehrfachabstimmungen, das kann und würde wahrscheinlich sehr, sehr lange gehen. Und das ist nicht effizient. Das ist das, was ich sagen wollte. Wir haben hier drin auch schon über Gebühren diskutiert, meistens ist es dann ziemlich lange gegangen und meistens ging es auch eher um die Gebührenreglemente und nicht immer nur um nackte Frankenzahlen. Das wollte ich noch präzisieren. Besten Dank.

Martin Eisenring

Ich möchte hier gerne noch einmal auf das Votum, die aufgeworfene Frage, von Urs Bertschi zurückkommen. Ich denke es war wichtig, diese Frage hier zu stellen, weil für uns – und das war grundsätzlich mal einer der Hintergründe, warum überhaupt Parkplatzgebühren nicht erhoben wurden an diesen Sonn- und Feiertagen, nämlich auch, damit Kirchgänger eine Messe besuchen können und ähnliches. Dieser Zweck wird meines Erachtens aufgrund dieses Postulats natürlich gar nicht erfüllt. Ich werde dem trotzdem zustimmen, aber, am Schluss, wenn ich jetzt sehe: Die Parkplätze, die sich da in unmittelbarer Umgebung der Grabenstrasse und so weiter befinden, sind meines Wissens alles 60-Minuten-Parkplätze und eben nicht 30-Minuten-Parkplätze. Ich kenne mich zu wenig aus, wo jetzt welche Parkplätze sind, aber es sind natürlich nur sehr wenige, die mit 30 Minuten ausgeschildert sind. Unsere Überlegung ist natürlich schon, dass wir den Status wollen, welchen wir hatten, bevor der Stadtrat sein neues Parkplatzreglement ausgearbeitet hat. Wir wollen grundsätzlich, dass die oberirdischen Parkplätze wieder kostenfrei sind an Sonn- und Feiertagen. Und wie gesagt auch, idealerweise auch überhaupt, dann wenn die Geschäfte geschlossen sind. Und dieser Zweck wird nun mit diesem Postulat leider soweit nicht erfüllt. Leider, muss ich sagen und vielleicht müsste man nochmal ein neues Postulat nachreichen oder wir müssen dieses Thema doch noch ganz grundsätzlich anschauen, damit wir hier eine gute Lösung haben. Wie gesagt, dass eben auch Menschen die Gottesdienste besuchen können ohne dafür die Parkgebühren zu bezahlen.

Stefan Moos

Asche auf unser Haupt. Da ist uns wahrscheinlich ein redaktioneller Fehler unterlaufen. Grundsätzlich meinen wir natürlich die oberirdischen Parkplätze. Wir wollten die Unterscheidung machen, dass wir die Parkhäuser natürlich nicht dazuzählen. Ich frage an, ob das mit zu Protokoll geben - dass wir die Aussenparkplätze meinen - so in Ordnung ist? Im Übrigen: Besten Dank Martin Eisenring, für den Hinweis.

Martin Würmli

bestätigt, dass die Präzisierung – dass mit Kurzzeitparkplätzen sämtliche oberirdischen Parkplätze gemeint sind - so akzeptiert werden kann.

Abstimmung

über den Antrag der SVP-Fraktion für Nichtüberweisung:

Für Nichtüberweisung stimmen 10 Ratsmitglieder, für Überweisung stimmen 24 Ratsmitglieder.

Ergebnis

Ratsvizepräsident Bruno Zimmermann stellt fest, dass der Rat dem Antrag auf Nichtüberweisung nicht zugestimmt hat. Das Postulat ist somit an den Stadtrat überwiesen. Dieser hat nun ein Jahr Zeit für den Bericht und Antrag.

6. Finanzstrategie 2019 bis 2025 der Stadt Zug

Es liegen vor:

Bericht und Antrag des Stadtrats Nr. 2472 vom 20. Februar 2018

Bericht und Antrag der GPK Nr. 2472.1 vom 19. März 2018

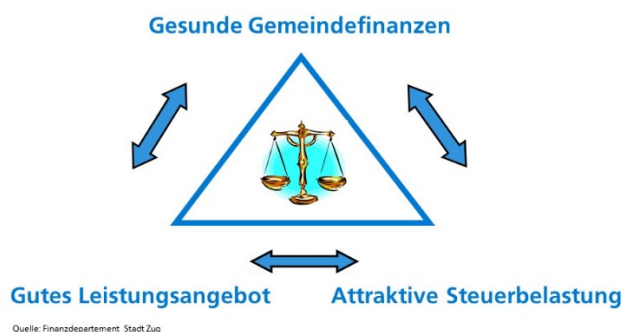
Karl Kobelt, Stadtrat

Ein Steuerfuss von 54 Prozent ist realistisch.

Erlauben Sie mir, dass ich aus der Sicht des Stadtrates einige grundsätzliche Überlegungen zur Finanzstrategie mache, an dieser Stelle macht das sicher Sinn. Die aktuell gültige Finanzstrategie 2014-2018 stammt aus dem Jahr 2013 und steht im Zeichen der damals angespannten Finanzsituation. Die neue Finanzstrategie steht unter den veränderten Vorzeichen des härter gewordenen Standortwettbewerbs und definiert die finanzpolitischen Ziele für die sieben Jahre von 2019 bis 2025. Sieben Jahre heisst, dass klare finanzpolitische Eckpfeiler über eine möglichst lange, aber noch überschaubare Periode erwünscht sind. Das Finanzdepartement hat unter Einbezug aller Departemente diese Finanzstrategie erarbeitet und der Stadtrat hat sie entsprechend verabschiedet. Unsere Präsentation gliedern wir in zwei Teile, einen analysierenden Teil mit Blick auf die aktuelle Finanzstrategie und einen erläuternden Teil mit Präsentation der neuen Finanzstrategie.

Finanzstrategie 2019 - 2025

Ziele der Finanzpolitik 2014 - 2018

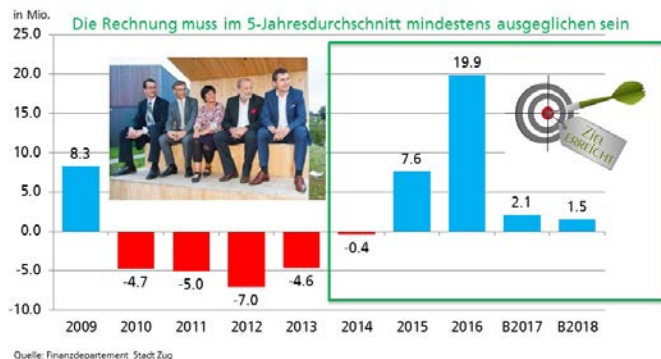


Die bewährte und erfolgreiche aktuelle Finanzstrategie mit den angestrebten Parametern, die im Gleichgewicht gehalten werden sollen: Gesunde Gemeindefinanzen, Attraktivität bei der fiskalischen Belastung und ein gutes Leistungsangebot - an diesen Parametern hält der Stadtrat fest.

Finanzstrategie 2019 - 2025

Ziele der Finanzpolitik 2014 - 2018

Rückschau: Gesunde Gemeindefinanzen



Während in der Periode zwischen 2009 und 2013 im 5-Jahresdurchschnitt nicht ausgeglichene Rechnungen präsentiert werden konnten, die Jahre ab 2012 im 5-Jahresdurchschnitt dann aber doch mindestens ausgeglichen gestaltet werden konnten, ist erfreulich. Das trifft insbesondere auf die aktuelle Strategieperiode zu.

Finanzstrategie 2019 - 2025

Ziele der Finanzpolitik 2014 - 2018

Rückschau: Gesunde Gemeindefinanzen



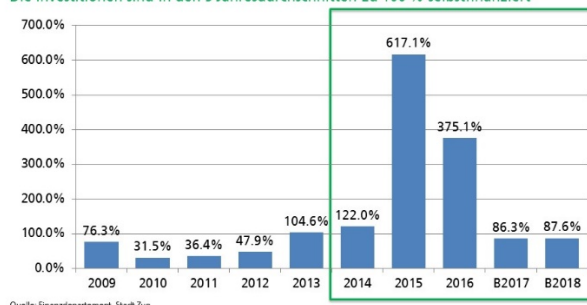
Die Nettoinvestitionen betrugen in den 5-Jahresvergleichen höchstens CHF 30 Mio. pro Jahr. In den Jahren vor der aktuellen Strategieperiode wurden überdurchschnittlich hohe Nettoinvestitionen getätigt, sie wissen das. Der Stadtrat hat daraufhin mit der aktuellen Strategie agiert, die Investitionen vermehrt priorisiert und vermehrt auch anderen Leistungsträgern in dieser Stadt übertragen, sprich ausgelagert.

Finanzstrategie 2019 - 2025

Ziele der Finanzpolitik 2014 - 2018

Rückschau: Gesunde Gemeindefinanzen

Die Investitionen sind in den 5 Jahresdurchschnitten zu 100 % selbstfinanziert



Quelle: Finanzdepartement Stadt Zug

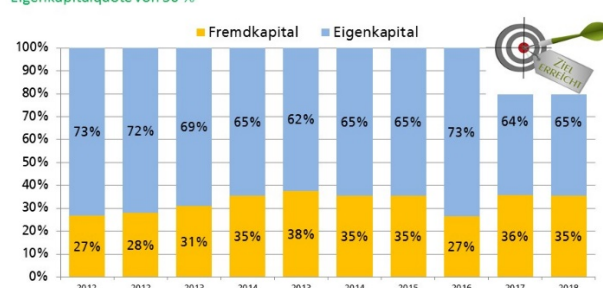
Die Investitionen sind in den 5-Jahresdurchschnitten zu 100% selbstfinanziert. In den Jahren vor 2013 war der Selbstfinanzierungsgrad massiv zu gering. Der Stadtrat hat agiert und diese Situation markant verbessert. Mittlerweile sind die Investitionen wieder strategiekonform.

Finanzstrategie 2019 - 2025

Ziele der Finanzpolitik 2014 - 2018

Rückschau: Gesunde Gemeindefinanzen

Eigenkapitalquote von 50 %



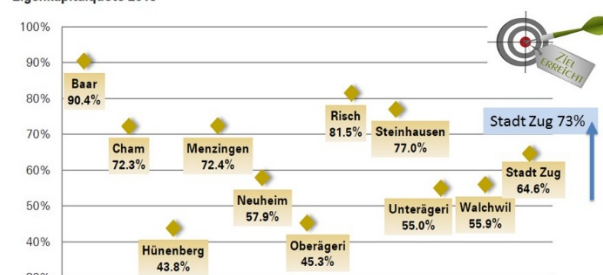
Quelle: Finanzdepartement Stadt Zug

Die Finanzierung der Grossinvestitionen führte zu keinem Zeitpunkt zu einer Unterschreitung der Eigenkapitalquote von 50%, was hier ersichtlich ist.

Finanzstrategie 2019 - 2025

Die Stadt Zug rückt weiter vor im Gemeinderating im Kanton Zug

Eigenkapitalquote 2015



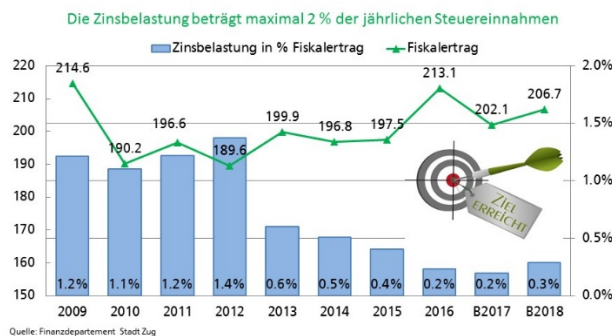
Quelle: Finanzdepartement Stadt Zug

Der Stadt Zug ist es gelungen diesbezüglich eine Verbesserung zu erzielen, diese Eigenkapitalquote von rund 65 auf 73 Prozent zu erhöhen und damit im Gemeinderanking innerhalb dieses Kantons auf Platz 4 vorzurücken.

Finanzstrategie 2019 - 2025

Ziele der Finanzpolitik 2014 - 2018

Rückschau: Gesunde Gemeindefinanzen

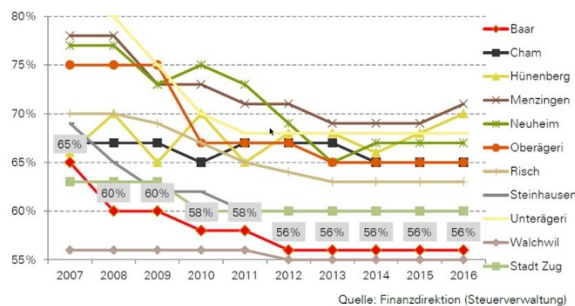


Die Zinsbelastung beträgt maximal 2% des jährlichen Steuerertrages: Diese Quote wurde stets erreicht, ja zum Teil noch wesentlich unterschritten. Der Hintergrund dabei ist der Abbau der Schulden – das gelang insbesondere auch aufgrund der sehr tiefen Zinsquote, beziehungsweise des tiefen Zinsniveaus.

Finanzstrategie 2019 - 2025

Ziele der Finanzpolitik 2014 - 2018

Rückschau: Attraktive Steuerbelastung

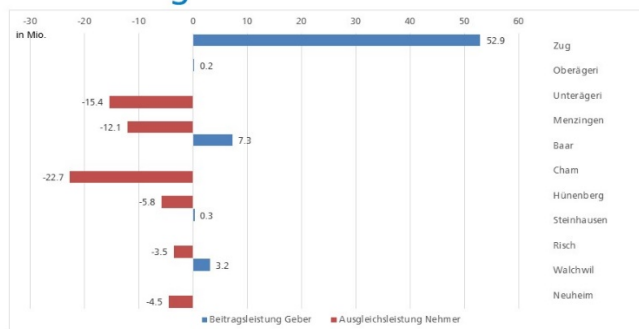


Die Entwicklung der Steuerfüsse der Zuger Gemeinden seit 2007 zeigt:

Die Steuerfüsse haben sich generell näher zueinander zubewegt, damit wurde ein ganz wesentliches Ziel des neuen ZFA ab 2008 erreicht. Die Differenz des höchsten Steuerfusses zum tiefsten Steuerfuss wurde in dieser Periode markant verringert, nämlich von 24 auf 18 Steuerfussprozent.

Finanzstrategie 2019 - 2025

Clumpen hohe Belastung durch den Finanzausgleich



Beträchtlich ins Gewicht fällt nach wie vor die hohe Belastung der Stadt Zug durch den ZFA, durch den kantonalen Finanzausgleich, mit rund 53 Millionen Franken, die 2018 zu berappen sind. Das entspricht 83% der gesamten Summe, die horizontal-ausgeglichen und ausbezahlt wird. Damit trägt die Stadt Zug einen Löwenanteil am Finanzausgleich in diesem Kanton.

Finanzstrategie 2019 - 2025

Karl Kobelt, Vorsteher Finanzdepartement

Andreas Rupp, Finanzsekretär: GGR 10. April

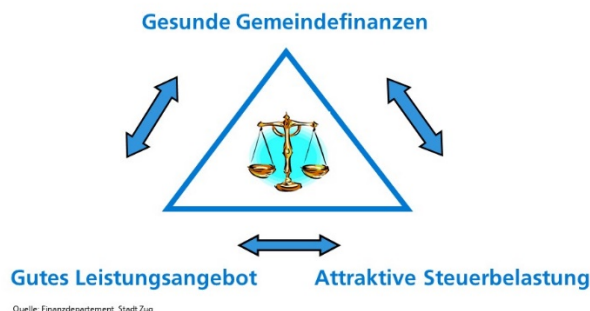


Foto: Andreas Busslinger

Ich komme nun auf die neue Finanzstrategie zu sprechen, welche die Jahre 2019 bis 2025 erfassen soll.

Finanzstrategie 2019 - 2025

Ziele der Finanzpolitik 2019 - 2025



Ich kann gleich einführend sagen, dass der Stadtrat am Prinzip der grundlegenden Parameter, nämlich gesunde Gemeindefinanzen, attraktive Steuerbelastung und gutes Leistungsangebot – an diesen Parametern unverändert festhalten will.

Finanzstrategie 2019 - 2025

Ziele der Finanzpolitik 2019 - 2025

Gesunde Gemeindefinanzen

Finanzpolitische Ziele

- a) Der Eigenkapitalanteil an der Bilanzsumme beträgt mindestens 50%.
- b) Das Nettovermögen pro Einwohner/in beträgt mindestens CHF 1'000.
- c) Die Rechnung ist im 8-Jahresdurchschnitt ausgeglichen (Finanzhaushaltsgesetz FHG).
- d) Die Nettoinvestitionen in Verwaltungsvermögen betragen im Durchschnitt von 10 Jahren maximal 25 Mio. pro Jahr.
- e) Der Selbstfinanzierungsgrad (Finanzierungsbeitrag der Erfolgsrechnung) beträgt im Durchschnitt der Budget- und Finanzplanjahre mindestens 60%.
- f) Die Zinsbelastung beträgt maximal 2% der jährlichen Fiskaleinnahmen.

Quelle: Finanzdepartement Stadt Zug

Kommen wir zu den konkreten Zielen. Mit mindestens 50% Eigenkapitalanteil haben wir eine sehr gute Bonität bei den Finanzinstituten. Das kann dann entscheidend sein, wenn sich auch an der Zinsfront wieder etwas tut. Das Nettovermögen, sprich das Finanzvermögen abzüglich Fremdkapital pro Einwohner, ist mit einer Mindesthöhe von CHF 1'000.00 sehr gut definiert. Die Rechnungsabschlüsse müssen, das ist neu, das gibt das Finanzhaushaltsgesetz des Kantons vor, sowohl für Ertrags- wie auch für Aufwandüberschüsse im 8-Jahres-Durchschnitt ausgeglichen sein. Das heisst, auch starke Überschüsse zwingen uns zur Korrektur. Ein Investitionsvolumen in das Verwaltungsvermögen von netto CHF 250 Mio. in 10 Jahren kann mit Abschreibungen, Vorfinanzierungen wie auch mit Aufnahme von Fremdkapital finanziert werden. Wichtig ist hier, dass wir die Gunst der Stunde nutzen und zusätzlich Vorfinanzierungen vorsehen. Möglich wird dies, weil die neue lineare Abschreibungsmethode unsere Rechnung in der Stadt Zug entlastet. Der Selbstfinanzierungsgrad beträgt mindestens 60%. Das gibt uns eine gewisse Flexibilität und die Zinsbelastung soll nach wie vor weiterhin maximal 2% der jährlichen Steuereinnahmen betragen. Anders gesagt: Halten wir diese Parameter ein, werden wir auch à la longue nicht mehr Geld ausgeben als wir einnehmen.

Finanzstrategie 2019 - 2025

Ziele der Finanzpolitik 2019 - 2025

Gesunde Gemeindefinanzen

Finanzpolitische Leitsätze

- a) Der Stadtrat definiert auf der Grundlage gesunder Gemeindefinanzen jährlich die Budgetrichtlinien und legt dabei neben Zielvorgaben für den Personal- und Sachaufwand auch eine Obergrenze für den Gesamtaufwand fest.
- b) Die Steuergelder werden wirtschaftlich (effizient) und möglichst wirksam (effektiv) eingesetzt.
- c) Die Liquidität wird durch vorausschauendes Cash Management und ausreichende Kreditlimiten sichergestellt.
- d) Das Finanzvermögen bleibt langfristig im Eigentum der Stadt Zug.

Quelle: Finanzdepartement, Stadt Zug

Der Stadtrat definiert mit den Budgetrichtlinien Vorgaben und verpflichtet sich, diese einzuhalten. Die Mittel sind wirtschaftlich und wirksam einzusetzen. Die Liquidität wird mittels Cashmanagement und vernünftigen Kreditlimiten sichergestellt. Das Finanzvermögen – und das schreiben wir uns wirklich auf die Fahne – bleibt langfristig im Eigentum der Stadt.

Finanzstrategie 2019 - 2025

Ziele der Finanzpolitik 2019 - 2025

Attraktive Steuerbelastung

Finanzpolitische Ziele

- a) Die Steuerbelastung bleibt attraktiv. Die Stadt Zug liegt mit ihrem Steuerfuss im ersten Drittel aller Zuger Gemeinden.
- b) Der Steuerfuss beträgt maximal 60%.
- c) Es sind finanzpolitische Reserven in der Höhe von mindestens 20% und maximal 60% des jährlichen Fiskalertrages zu bilanzieren. Diese werden aus Rechnungsüberschüssen geäuft.
- d) Die finanzpolitische Reserve wird bei rückläufigen Fiskalerträgen zur Deckung der entstehenden Rechnungsdefizite verwendet.

Quelle: Finanzdepartement, Stadt Zug

Wir wollen bezüglich Steuerbelastung unseren Spitzenplatz in absoluten Zahlen wie auch relativ im Vergleich zu unserem Umfeld weiterhin halten. Der Steuerfuss soll nicht unter das Niveau des Jahres 2017 fallen, wobei wir wissen, dass die Möglichkeiten nach unten Anpassungen vorzunehmen besser sind als dann nach oben korrigieren zu müssen. Die steuerpolitische Reserve kann sich zwischen 20 und 60 Prozent des jährlichen Steuerertrags bewegen, was heute zwischen CHF 40 Mio. und CHF 120 Mio. entspricht. Wir wissen, wir bewegen uns hier an der oberen Grenze dieser Spanne. Und sollten sich Rechnungsdefizite einstellen – auch das ist ein wichtiger Faktor – ist zur Kompensation die Reserve zu verwenden und nicht prima Vista neue Sparpakete zu schnüren.

Finanzstrategie 2019 - 2025

Ziele der Finanzpolitik 2019 - 2025

Attraktive Steuerbelastung

Finanzpolitische Leitsätze

- a) Die Steuerpolitik setzt auf Stabilität und Verlässlichkeit.
- b) Die Stadt Zug will den Steuerzahlenden einen Gemeindesteuerfuss anbieten, der zu den günstigen im Kanton Zug gehört.
- c) Der Steuerfuss wird nur dann gesenkt, wenn er auf aufgrund der finanziellen Perspektiven auf absehbare Zeit auf dem tieferen Niveau beibehalten werden kann.

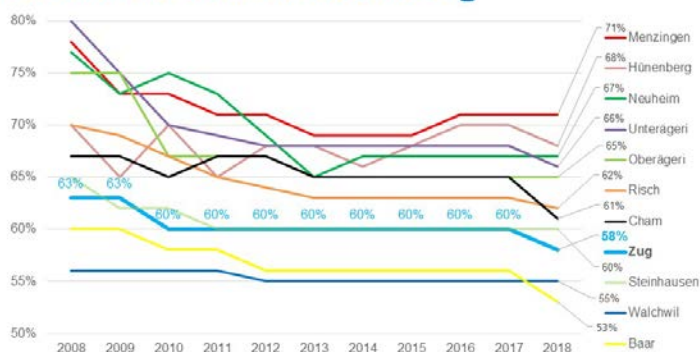
Quelle: Finanzdepartement Stadt Zug

Stabilität und Verlässlichkeit bedeutet, dass ein einmal festgelegter Steuerfuss über mehrere Jahre aufrechterhalten werden soll. Und wir wollen ganz klar unter den drei steuerlich attraktivsten Gemeinden in diesem Kanton bleiben.

Finanzstrategie 2019 - 2025

Ziele der Finanzpolitik 2019 - 2025

Attraktive Steuerbelastung

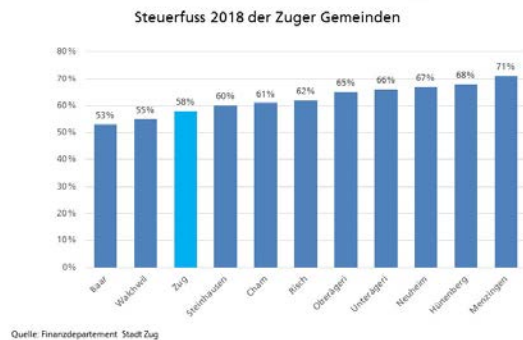


Hier nochmal eine Darstellung der Steuerfüsse der Zuger Gemeinden und ihrer Entwicklung: Die haben sich nach unten bewegt, nicht nur mehr zueinander hin, sondern auch nach unten. Auch damit ist ein Ziel des ZFA erreicht worden.

Finanzstrategie 2019 - 2025

Ziele der Finanzpolitik 2019 - 2025

Attraktive Steuerbelastung

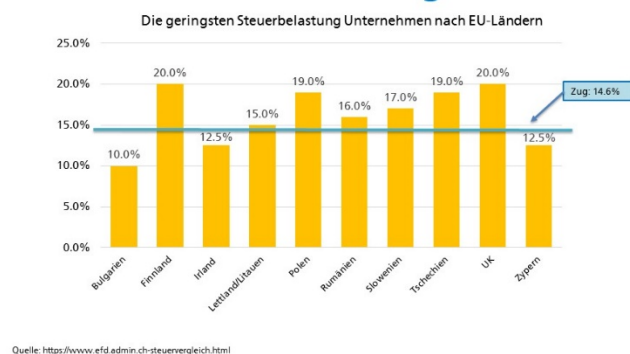


Die Differenz zu Baar wird grösser, zu gross, wie der Stadtrat meint, die Unternehmen reagieren schnell auf Unterschiede bei der Steuerbelastung.

Finanzstrategie 2019 - 2025

Ziele der Finanzpolitik 2019 - 2025

Attraktive Steuerbelastung

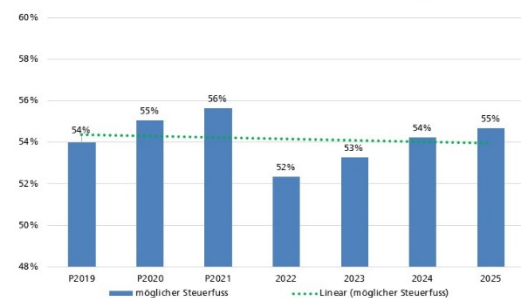


Vergleicht man die Gewinnsteuern im internationalen Umfeld, hier namentlich mit Ländern in der EU, dann stellt man fest, dass auch dort geringere Belastungen zu verzeichnen sind, die auf ähnlichem Niveau sind, wie die Steuerbelastung in der Stadt Zug. Hinzu kommt: Hohe Mieten und Lebenshaltungskosten in der Stadt Zug sind hier nicht einmal berücksichtigt. Die Senkung der Steuerbelastung, beispielsweise in den USA von über 30 auf rund 20 Prozent, kann durchaus auch Wirkung für unseren Standort erzielen. Wenn man bedenkt, dass die Top 25 Unternehmen in der Stadt Zug, deren 10 aus den USA stammen – diese 10 Unternehmen ein Substrat von rund CHF 25. Mio., sprich ein Drittel der Fiskaleinnahmen der juristischen Personen generieren – kann uns das nicht ganz egal sein. Wir wollen die juristischen Personen in dieser Stadt halten. Mit Blick insbesondere auf die USA ist eine Signalwirkung bei der Steuerfussanpassung durchaus angebracht. Wir wollen unseren Standort stärken und Lücken schliessen.

Finanzstrategie 2019 - 2025

Ziele der Finanzpolitik 2019 - 2025

Attraktive Steuerbelastung



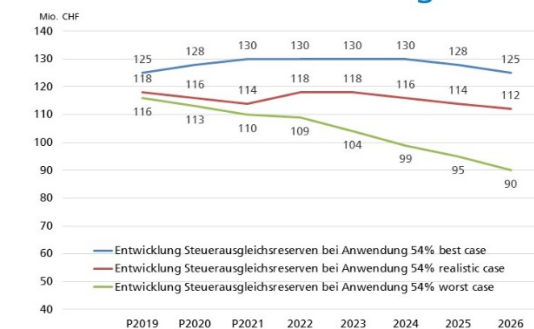
Quelle: Finanzdepartement Stadt Zug

Diese Folie zeigt: Gemäss heutigem Wissenstand, kann mit einem Steuerfuss von 54% für die gesamte neue Strategieperiode eine insgesamt ausgeglichene Rechnung angestrebt und möglicherweise auch sichergestellt werden. Anders ausgedrückt: Wollen wir die finanzpolitische Reserve, die sehr hoch ist im Moment, wirklich abbauen, müssen wir einen deutlich tieferen Steuerfuss ansetzen als dies heute der Fall ist.

Finanzstrategie 2019 - 2025

Ziele der Finanzpolitik 2019 - 2025

Attraktive Steuerbelastung



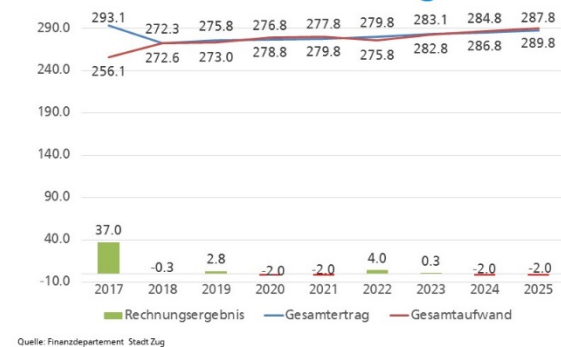
Quelle: Finanzdepartement Stadt Zug

Bisher wurden die Verluste jeweils mit den Reserven verrechnet. Gemäss heutigem Wissenstand werden wir bei einem Steuerfuss von 54% im schlechtesten Fall die Steuerausgleichsreserve auf etwa CHF 90 Mio. reduzieren müssen, abbauen, das entspricht einer Senkung von 60 auf 45 Prozent der Fiskaleinnahmen. Im besten Fall bleibt die Reserve auf deutlich über CHF 100 Mio. bestehen. Aus den Finanzen 2019 ergibt sich voraussichtlich eine Entlastung der Stadt Zug. Der Effekt der ZFA-Reform 2018 kann heute noch nicht abgeschätzt werden. Die Rabattierung steht aus Sicht des Stadtrates nicht zur Diskussion. Sie würde dem Grundsatz der Beständigkeit wie auch der Verlässlichkeit widersprechen.

Finanzstrategie 2019 - 2025

Ziele der Finanzpolitik 2019 - 2025

Attraktive Steuerbelastung



Ich komme zum Schluss: Bei einem Steuerfuss von 54 Prozent – und das ist neu, der Stadtrat gibt hier eine konkrete Zahl für seine Strategie vor - ergibt die erwartete Aufwands- und Ertragsrechnung in der kommenden Strategieperiode in etwa ausgeglichene Ergebnisse. Steuerlich attraktiv bleiben und zugleich weiterhin in unseren Standort unvermindert investieren: So sollen die finanzpolitischen Segel für die nächsten 7 Jahre gesetzt werden.

Philip C. Brunner, Präsident GPK

Heute ist eigentlich der Tag des Finanzchefs, nicht meiner. Er hat die Finanzstrategie definiert, wir haben heute lediglich Kenntnis zu nehmen. Aber erlauben Sie mir trotzdem, dass ich auch auf ein paar Punkte eingehe. Ja, "money, money, money makes the world go round", das ist auch für uns in der Stadt Zug ein Thema, heute geht es um Geld. Ich könnte es mir ja einfach machen und auf Bericht und Antrag des Stadtrats verweisen. Und auf den Antrag der GPK, diesen Bericht des Stadtrates zur Kenntnis zu nehmen, und zwar einstimmig, und dem Grossen Gemeinderat den Antrag zu stellen, das ebenso zu tun.

Finanzstrategie 2019 - 2025

Ziele der Finanzpolitik 2019 - 2025

Attraktive Steuerbelastung

Juristische Personen Stufe	Anzahl	steuerbarer Betrag	Steuerbetrag
Stufe 01: 0 Franken	6'495	0	0
Stufe 02: von 1 bis 10 000 Franken	969	3'855'050	77'300
Stufe 03: von 10 001 bis 100 000 Franken	1'498	62'636'123	1'299'108
Stufe 04: von 100 001 bis 250 000 Franken	447	70'349'100	1'751'032
Stufe 05: von 250 001 bis 500 000 Franken	251	89'854'325	2'617'655
Stufe 06: von 500 001 bis 1 000 000 Franken	174	119'247'312	3'732'513
Stufe 07: von 1 000 001 bis 5 000 000 Franken	156	341'850'300	10'201'470
Stufe 08: von 5 000 001 bis 10 000 000 Franken	36	248'574'632	8'163'459
Stufe 09: über 10 Mio Franken	35	1'336'006'700	36'574'162
Auswertung	10'061	2'272'373'542	64'416'698

Quelle: Finanzdepartement Stadt Zug

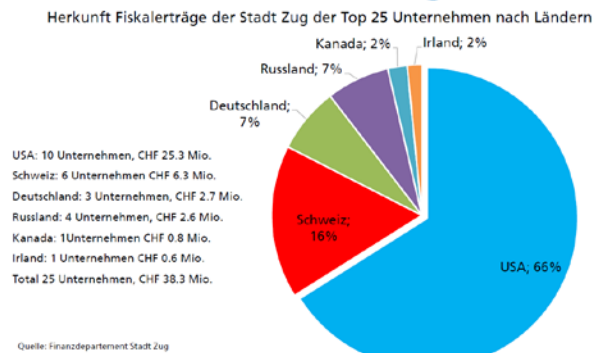
Mein heutiger Fokus sind aber die juristischen Personen. Man muss natürlich in dieser ganzen Auswahl auch einen Punkt finden, wo es eben nicht so gut aussieht. Das ist nicht die Schuld des Stadtrates, das ist einfach eine objektive Feststellung.

Karl Kobelt hat es soeben erwähnt, wir haben – und das hat das Finanzdepartement ausgearbeitet – ja bekanntlich – sie sehen das ungefähr hier – einen Steuerertrag von 64 Millionen, das ist allerdings in der Vergangenheit gewesen, die Zahlen von 2017 lagen im Moment nicht vor.

Finanzstrategie 2019 - 2025

Ziele der Finanzpolitik 2019 - 2025

Attraktive Steuerbelastung



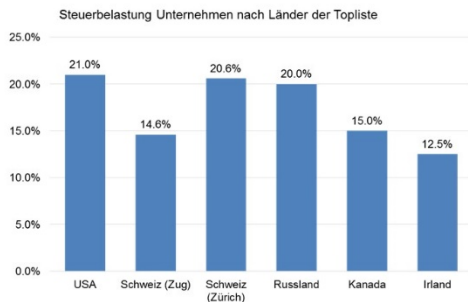
Die 25 Top-Unternehmen bringen 38,5 Millionen. Das ist also in etwa die Hälfte. Es wurde vorher gesagt 25 Millionen, es sind 38,5. Und wir haben ein grosses Problem, und zwar, zwei Drittel kommen von Firmen, die mit den USA zu tun haben. Und wie der Finanzchef richtig ausgeführt hat, da tut sich ja einiges, jeder Tag ein neuer Tweet und jeden Tag dann vielleicht auch eine neue Überraschung oder vielleicht irgendwo ein Problem, sei es mit den Handelspartnern - und da haben wir ein gewisses Klumpenrisiko, das muss man einfach ehrlich aussprechen.

Klumpenrisiko !

- Stufe 7: CHF 1,0- 5 Mio. 10,2 Mio. (156)
- Stufe 8: CHF 5,0-10 Mio. 8,2 Mio. (36)
- Stufe 9: CHF über 10 Mio. 36,6 Mio. (35)
- Stufe 7-Stufe 9
von Total 55,0 Mio.
64,4 Mio. 100%
- Fazit:
- «Nur» (227) Firmen zahlen **85%** aller Steuern JP

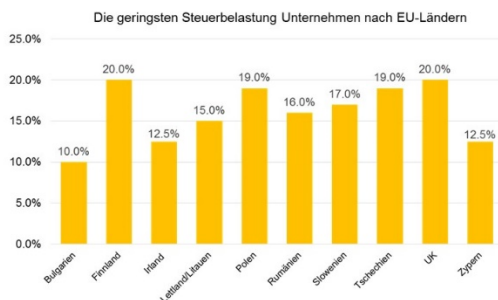
Das hat sich so ergeben, sie sehen hier, die USA alleine über 25 Millionen, das war der Punkt, der erwähnt wurde. Das ist so, wenn ich das ein bisschen analysiere, die Stufe 7, das sind die Unternehmen die zwischen 1 und 5 Millionen an Steuern bringen, das sind 156. Diese bringen in etwa 10 Millionen. Die Stufe 8, 5 bis 10 Millionen, die bringen 8 Millionen, es sind dort 36 Firmen. Und über 10 Millionen bringen 35 Firmen, also die 25 Top-Firmen sind da ja dabei, die bringen 36 Millionen. Das sind zusammen 55 Millionen, das waren also 85% von diesen 64,4 Millionen, wenn wir auf diesen Zahlen basieren.

Betrachtet man die reine Gewinnsteuerbelastung, liegen wir im intern. Vergleich immer noch weit vorn



Man hat gesagt, dass wir im internationalen Vergleich weit vorne liegen, Zug, da ist der Kanton Zug gemeint, da mit den 14,6 – ich habe heute vom Finanzdirektor nochmal diese Zahl bestätigt erhalten – das ist so, 14,6. Können Sie sich merken.

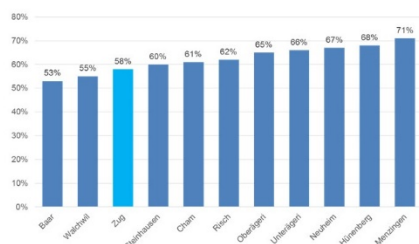
Zug heute; 14,6% , nach SV17; 12% !



Nach der hoffentlich – und das ist für Zug ja ein wichtiges Thema, diese Steuervorlage 17 – sollen es nach Aussage der Zuger Regierung 12% sein. Sie können jetzt ein bisschen sehen, wie das im internationalen Vergleich etwa herauskommen würde.

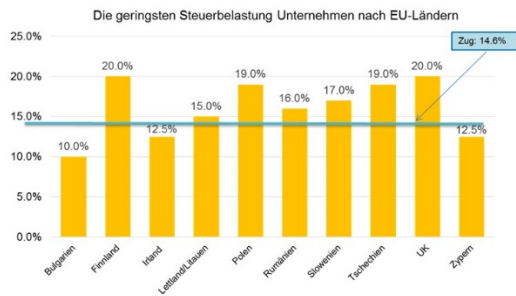
Lokal gesehen, bei den 11 Gemeinden – wurde auch erwähnt – sind wir auf Platz 3. Und der Gap zu Baar ist mittlerweile doch sehr stark, Baar hat 53%, wir haben 58%, also 5 Prozentpunkte Unterschied.

Die Gemeinden Platz 1. bis 11.
Problematik Konkurrenz JP - Baar



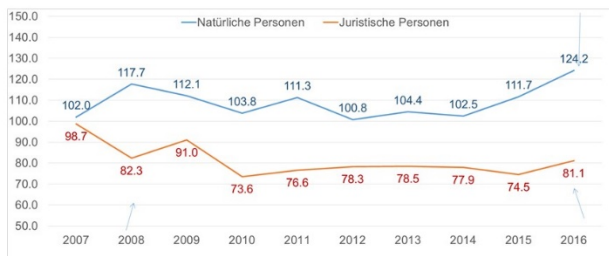
Und wir haben auch eine internationale Konkurrenz, wie wir auf dieser Tabelle sehen, das ist der Balken, der da eingezeichnet ist. Also persönlich bin ich nicht sicher, ob das ein guter Standort ist in Bulgarien, also, die Steuern sind nicht alles, aber ohne Steuern ist alles nichts, würde ich mal sagen. Aber das ist diese Tabelle, die wir gesehen haben.

Aber auch intern. Konkurrenz:



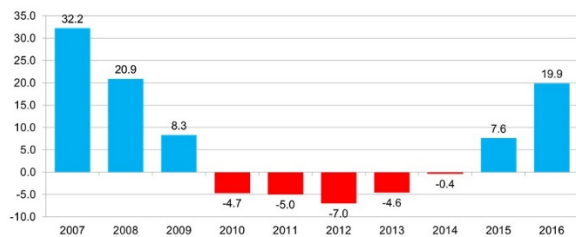
Hier sehen Sie die Entwicklung der natürlichen und juristischen Personen, das ist eine Präsentation vom letzten Jahr, Informationsstand letzter Juni.

Steuereinnahmen 2007-2016 (Ausführungen zur Jahresrechnungen. 2016 GGR - Informationsstand Juni 2017)



Was will ich eigentlich zeigen? Ich will zeigen, dass wir hier eine positive Entwicklung haben: Wir waren im Jahr 2008 auf 117, dann haben wir die bekannten Einbrüche gehabt und dann geht bei den natürlichen Personen die Post ab. Und bei den juristischen Personen waren wir 2007 auf fast 100 Millionen und 2016 auf 81 Millionen. Ich komme nochmal darauf zurück und wir schauen uns das noch genauer an.

Rechnungsergebnisse 2007-2016 10 years
(kum. 5 Erträge: 88,9 Mio.
kum. 5 Verluste: 21,7 Mio.)
+ Jahresergebniss 2017 ...



Die Jahresergebnisse wurden kommentiert. Sie erinnern sich vielleicht an mein Fazit, genau im letzten Juni habe ich vorausgesagt:

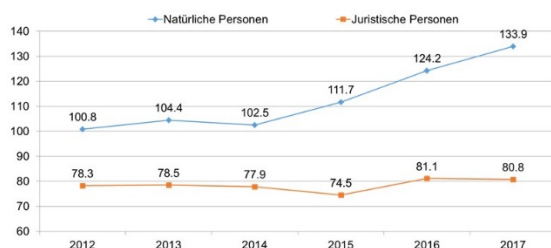
Fazit GPK-Präsident Juni 2017:

Fazit:

Bei gleichbleibender (sogar leicht anziehender Konjunktur) ist 2017 und dem 60%-igen Steuerfuss ist selbst bei einem drastischen Rückgang (ca. 9%) der Einnahmen bei den natürlichen Personen (Budget 2017: 111,2 Mio. -> eff. 2016 124,2 Mio. Delta CHF 13,0 Mio. und bei den Juristischen Personen 83,7 Mio. Effektiv 81,0 Mio. also um minus 2,7 Mio, als ca. CHF 10,3 Mio. der Erfolg von CHF 2,0 Mio. realistisch. Kommen Steuereinnahmen in der Höhe von 2016, also + CHF 10,25 Mio. (205,2 Mio. v. 2016 minus 194,95 Mio. Budget 2017) **dann kann ein Jahresgewinn in der Höhe von CHF 12,0 – 15,0 Mio. und bei einer weiteren Performance wie 2016 das gleiche Ergebnis wie 2016; CHF 20,0 Mio. «potentiell» möglich.** Dazu ist erforderlich, dass allerdings die juristischen Steuern mind. auf Budgethöhe kommen, das ist bei den aktuellen Gegebenheiten für die international ausgerichteten Firmen in Zug im heutigen Umfeld und bei stabilen Verhältnissen in Europa (trotz Brexit, Finanzkrise EU, Middle East) möglich.

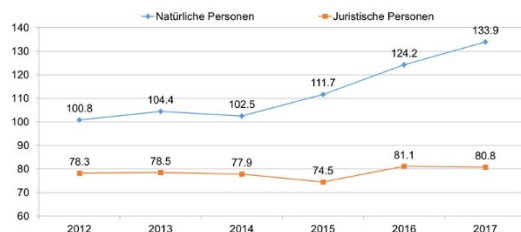
Wir werden etwa 20 Millionen machen. Sie können nach der Medienmitteilung, die Sie heute erhalten haben, sehen, inwiefern ich mich getäuscht habe. Ich erinnere daran, dass das Budget für das letzte Jahr bei 2,1 Millionen liegt. Jetzt noch einmal. Diese Geschichte aus dem Blickwinkel 2017, noch etwas genauer angesehen. Diese Entwicklung, die jetzt da losgeht im 2014, und die wir heute in der Jahresrechnung 2017 mit diesen 134 Millionen sehen werden.

Stagnation bei den JP im Jahre 2017!
Und nochmals + CHF 9,7 Mio. NP ...



Und leider, diese Stagnation, wir liegen sogar im 2017 leicht unter dem Bombenjahr 2016 – und das war das beste Jahr, zumindest, wenn man nicht noch weiter zurückgeht in den Krisenjahren. Das ist eigentlich der Punkt, den ich erwähnen würde.

Stagnation bei den JP im Jahre 2017! Und nochmals + CHF 9,7 Mio. NP ...



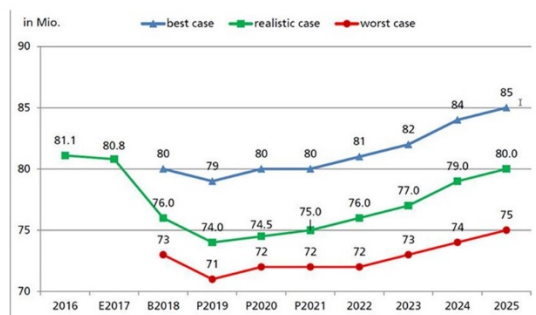
Zwischen 2007 und 2017 hatten wir einen Rückgang bei den Juristischen Personen von CHF 18,0 Mio. also minus rund 18%. Das ist der Unterschied zu den Natürlichen Personen, wo alleine in den letzten 5 Jahren uns von 100 Mio. und auf CHF 134 Mio. gesteigert haben, also erfreuliche Steigerung von CHF 34 Mio., vor allem auch dank der Zuwanderung in unsere Stadt von neuen Steuerpflichtigen.

Fazit:

- 2007: JP: CHF 98,7 Mio. Ertrag
- 2017: JP: CHF 80,8 Mio. Ertrag
- Minus: ca. CHF 18,0 Mio. **Minus 18%**
- Belastungen werden nicht kleiner ... so z.B.
Belastungen ZFA: CHF 49,6 Mio.
NFA: CHF 16,1 Mio.
Sub: CHF 65,7 Mio.
- Oder: Personalaufwand: CHF 89,1 Mio. ->
monatlich CHF 7,425 Mio. Lohnzahlungen.

Und die Belastungen werden nicht grösser, Karl Kobelt hat die Belastung von 2018 genannt, die ist 53%, ich habe hier die Zahlen von 2017 genommen, wir haben 65 Millionen an Solidarität, Sie haben es gehört, ich wiederhole es, es ist für die Stadt Zug ungefähr so, dass wir das zu 84% finanzieren. Unser Personalaufwand in der Stadt, einfach als Vergleichszahl, 89 Millionen pro Jahr, das sind immerhin jeden Monat 7 Millionen Franken Lohnzahlungen, die diese Stadt leisten muss.

Forecast: JP ab B2018 – bis 2025



So. Und jetzt kommt dieser Forecast für juristische Personen, Sie haben ihn schon vorhergesagt, also im schlechtesten Fall, fürs 2018, hätten wir eine Diskrepanz von 7 Millionen. Ich erinnere Sie daran, die Zahl wurde noch nicht genannt, es sind in dieser Steuerausgleichsreserve im Moment 118 Millionen per Ende letztes Jahr. Also, da können wir wirklich noch etwas unten durch. Ich erinnere daran, diese Zahlen sind bei einer Steuerbelastung von 54%, wie gesagt wurde.

Was können wir machen? It is «easy»!

- 1. Rahmenbedingungen verbessern
- 2. Rahmenbedingungen verbessern
- 3. Rahmenbedingungen verbessern
- Das heisst:
 - 1. Sorge tragen zur Neutralität – zu Europa & der Welt!
 - 2. Sorge tragen zur Schweiz
 - 3. Sorge tragen zum Kanton Zug
 - 4. Sorge tragen zu unserer Stadt Zug
 - 5. Sorge tragen zu den Menschen
 - 6. Sorge tragen zu den KMU
 - 7. Sorge tragen zu den Multis
 - Heisst ... Sorge tragen ...heisst :
- Rahmenbedingungen verbessern – heisst Sorge tragen
- ...

Was können wir machen? Wir. Hier. Und was kann die Bevölkerung machen? Erstens, Rahmenbedingungen verbessern, zweitens, drittens, und was heisst das? Sorge tragen zu unserer Neutralität, zur Welt, zu Europa, zur Schweiz, zum Kanton Zug, zur Stadt, zu den Menschen hier, zu den KMU's, zu den Multis. Sorge tragen. Rahmenbedingungen verbessern heisst: Sorge tragen.

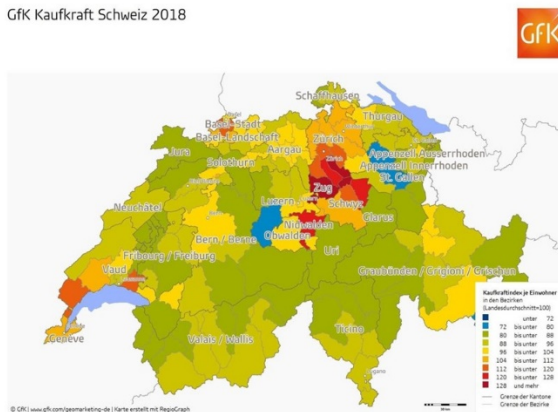
Nach Europa?: Ist nicht nur für uns schwer...



Nach Rechts, nach links, Wahlsieg in Polen, Flugstreiks in D, SNCF-Streiks in France Euro, Brüssel, Griechenland ...!?

Und jetzt der Blick in die Zukunft. Ja, nach Europa – und das ist ein Bild, das ich heute gefunden habe, ich hätte auch den twitternden Herrn Präsidenten bringen können, der bedroht uns natürlich noch mehr, als vielleicht der Herr Orban oder Frau Merkel und Herr Macron, die hier eine Diskussion – ich weiss nicht über was – führen. Aber wir haben noch gute Faktoren.

GfK Kaufkraft Schweiz 2018



Und ich muss ja nicht unbedingt zeigen, wo Zug ist, aber Zug ist hier rot. Und warum ist Zug rot? – dazu komme ich gleich – es ist eine Karte der Kaufkraft der Schweiz.

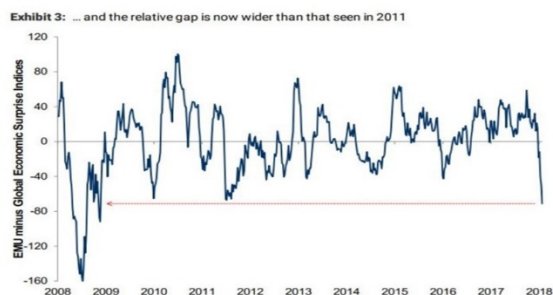
Konsumenten-Kaufkraft 2018 Zug, gemäss GfK in EURO 60'000.- pro Kopf

Rang 2018	Kanton	Einwohner	Kaufkraft in Mio EUR	Kaufkraft pro Einwohner in EUR	Kaufkraft pro Einwohner Index	Kennziffer Kanton
1	Zug	123'948	7'437.3	60'003	148.3	09
2	Schwyz	155'983	8'836.6	55'411	137.0	05
3	Nidwalden	42'556	2'189.5	51'449	127.2	07
4	Zürich	1'487'969	88'474.4	48'019	113.8	01
5	Genève	489'524	21'410.3	43'737	108.1	25
6	Basel-Landschaft	285'031	12'337.7	43'195	106.8	13
7	Basel-Stadt	193'063	8'107.7	41'995	103.8	12
8	Aargau	663'461	26'483.3	39'917	98.7	19
9	Vaud	784'822	31'314.6	39'900	98.6	22
10	Solothurn	269'441	10'523.7	39'429	97.5	11
11	Obwalden	37'378	1'457.3	38'989	96.4	06
12	Appenzell Innerrhoden	16'003	611.8	38'230	94.5	16
13	Luzern	403'398	15'381.6	38'130	94.3	03
14	Graubünden / Grigioni / Grischun	197'560	7'411.9	37'519	92.7	18
15	Bern / Berne	1'026'513	38'257.8	37'270	92.1	02
16	Thurgau	270'710	10'078.7	37'230	92.0	20
17	Ticino	354'375	13'001.7	36'889	90.7	21
18	Appenzell Auser rhoden	54'966	2'007.9	36'537	90.3	15
19	Schaffhausen	80'769	2'914.4	36'083	89.2	14
20	Fribourg / Freiburg	311'914	11'234.8	36'019	89.0	10
21	Valais / Valais	339'176	12'198.6	35'965	88.9	23
22	Neuchâtel	178'567	6'599.6	35'614	88.0	24
23	Glarus	40'147	1'414.5	35'233	87.1	08
24	St. Gallen	502'549	17'665.8	35'152	86.9	17
25	Uri	36'145	1'198.4	33'155	82.0	04
26	Jura	73'122	2'412.4	32'992	81.6	26

Quelle: GfK Kaufkraft Schweiz 2018

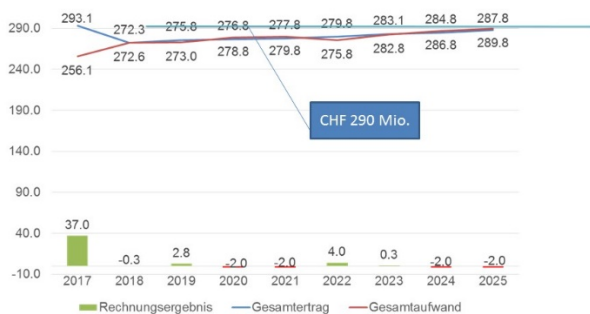
Und Sie sehen auf Platz 1, die Kaufkraft vom Baby bis zum Greis, bis 60'000 Euro pro Jahr. Das zeigt uns doch, wir haben es hier mit einer Bevölkerung zu tun, die wahrscheinlich auch nächstes und übernächstes Jahr nicht gerade verarmt, das erhält auch das Substrat.

Globale Unsicherheiten: Einkaufsmanagerindizes (PMI), der in der in der Eurozone vom Höchst im Dez 2017 bei 60,6 auf 56,6 gefallen sind.



Es gibt Unsicherheiten – das ist auch eine Tabelle, müssen Sie nicht ganz genau anschauen – aber es ist offenbar alarmierend, beim Einkaufen – ich kenne diese Statistik nicht, aber die sieht im Moment angeblich nicht gerade besonders gut aus – ich habe auch heute gelesen, dass die deutschen Exporte drastisch gefallen sind. Niemand hat das so erwartet, wir leben also in einer Welt der Unsicherheit.

Blick in die Zahlenfabrik der Zukunft in der Stadt Zug – auf CHF 290 Mio. halten ...



Und darum diese Tabelle, die Karl Kobelt zum Schluss gezeigt hat, die habe ich auch, ich habe hier aber noch einen Balken ergänzt. Und ich bin der Meinung, wenn wir es hinkriegen, dass wir die nächsten Jahre nicht ganz so negativ sehen wie der Stadtrat, sondern wenn wir diese Kosten halten können, auf 290f Millionen – das sind nicht nur Steuereinnahmen, das sind selbstverständlich noch weitere – dann sollten da unten doch noch mehrere schöne grüne Bälkchen entstehen. Also weiter so, ja zur Finanzstrategie und last but not least:

Fazit: Weiter so – ja zur Finanzstrategie
2019 – 2025 und last but noch least:
«Halten und Sparen!» Besten Dank



Karen Umbach

Ich halte mich ein bisschen kürzer als Philip C. Brunner, eigentlich ist das Thema das gleiche. Die FDP-Fraktion nimmt diesen Bericht sehr wohlwollend zur Kenntnis. Man sieht, dass der Stadtrat und die Verwaltung ihre Hausaufgaben gemacht haben. Der Bericht ist sorgfältig erarbeitet und kommt zu vernünftigen Schlüssen. Dafür möchten wir uns herzlich bedanken. Wir nehmen fast schmunzelnd zur Kenntnis, dass der Stadtrat auch an eine positive Zukunft unserer Stadt glaubt. Dass der Stadtrat sich sehr tief mit dem Thema Wettbewerb innerhalb des Kantons, beschäftigt hat, begrüßen wir. Der Wegzug von mindestens einer renommierten Firma nach Baar wird uns fiskalisch schmerzen. Obwohl uns klar ist, dass diese nicht wegen des 5% steuerlichen Unterschieds zügelt, spricht es doch Bände, dass die Firma nach Baar und nicht in eine andere Gemeinde umzieht. Es braucht weiterhin ein Auge darauf, dass wir unseren innerkantonalen 2. Platz erhalten können. Es wäre verheerend, wenn wir uns quasi zur «Verwaltungsstadt» herabsetzen würden.

Unter der Berücksichtigung der Tatsache, dass 10 Unternehmen mehr als 25 Millionen Franken der 81 Millionen Franken Steuereinnahmen der juristischen Personen ausmachen, ist es auch sehr zu begrüssen, dass der Stadtrat auch über die kantonalen Grenzen hinausschaut und unsere Position auf internationaler Ebene vergleicht. Dieses Klumpenrisiko müssen wir ständig beobachten und wenn möglich dagegen steuern. Trotzdem lässt es sich sagen, dass wir auf der internationalen Ebene weiterhin gut unterwegs sind. Dies vor allem wegen des Ziels, unseren Steuerfuss auf 54% zu senken. Mir ist es bewusst, dass diese Senkung nicht Musik in allen Ohren der Ratsmitglieder sein wird und ich höre bereits die Reklamation «nur ein attraktiver Ort für Unternehmen». Wir sind ein attraktiver Ort und werden weiterhin ein attraktiver Ort bleiben. Die Stadt unterstützt weiterhin wirklich viele Anlässe – Beispiele dafür reichen vom Seefest bis zum Let's Talk, Beiträge für Sport und Kultur fehlen auch nicht. Am Seeufer findet fast jedes Wochenende ein Anlass statt. Ich kenne kaum eine andere Stadt, wo so viel wie bei uns läuft. Dass wir eine attraktive Stadt für Familien mit Kindern sind, ist durch Grafik 12 bekräftigt. Jedes Jahr steigen die Einwohner- sowie Schülerzahlen. Diese Steigerung hat eine Auswirkung auf die Infrastruktur-Kosten und Tätigkeiten, welche auch im Bericht berücksichtigt werden. Trotz steigender Einwohnerzahlen bleibt der Nettopersonalbestand, ohne Berücksichtigung des Pädagogikbereichs, gleich. Dies zeigt die Bestrebung des Stadtrats sowie der Verwaltung einen schlanken Staat zu gewährleisten. Schlussendlich möchte ich einige Worte zu unseren Investitionstätigkeiten sagen. Wir anerkennen die Bemühungen des Stadtrates diese aufrecht zu halten. Wir müssen hoffen, dass der politische Prozess sowie das Einspracherecht sich in Grenzen halten und dass wir vorwärts machen können. Wir drücken die Daumen. Allgemein lässt sich folgendes sagen: Wir sind in einer positiven Phase unserer Stadtentwicklung, das strukturelle Defizit ist durch Sparen & Verzicht I und II, sowie eine Verminderung unserer immer noch grossen Beiträge an den ZFA beseitigt. Die FDP empfiehlt deswegen eine positive Kenntnisnahme der Strategie.

Christoph Iten

Wie dem GPK-Bericht zu entnehmen ist, schreiben wir nach rund 20 Mio. Gewinn im Jahr 2016 höchstwahrscheinlich auch im 2017 mit rund 37 Mio. Ertragsüberschuss wieder einen satten Gewinn, das sieht man auf der letzten Seite des GPK-Berichts, da hat es eine schöne Grafik mit einer Voraussicht, auch auf den Jahresgewinn 2017, das ist dort zu entnehmen. Das ist nebst konjunkturellen Schwankungen, die nicht zu unterschätzen sind, auch auf die hervorragende Arbeit der kantonalen und stadtzuger Verwaltung zurückzuführen – herzlichen Dank dafür. Nun, mit den Neuerungen im Finanzhaushaltsgesetz dürfen wir diese Gewinne gar nicht weiter behalten, respektive anhäufen. Nein, sie sind über 8 Jahre auszugleichen. Punkt. Daran gibt es eigentlich gar nicht viel zu rütteln. Dazu haben wir grundsätzlich zwei Mittel zur Verfügung: Mehr ausgeben oder weniger einnehmen – und wir sind eigentlich ganz froh, dass die vorliegende Strategie nicht zur Aufblähung der Verwaltung aufruft, sondern die Stadt Zug mit einer nachhaltigen Steuersenkung attraktiver machen will. Ich werde die vorliegende Strategie nicht bis aufs letzte Prozent kommentieren, schliesslich haben Sie die Vorlage inklusive Bericht GPK oder sonst die mannigfaltigen Präsentationen sicherlich alle gründlich mitverfolgt. Zudem handelt es sich um Prognosen, abhängig von X Variablen und Unbekannten. Eine Analyse ums letzte Steuerpromill und einzelne Kommastellen scheint mir hier verfehlt. Entsprechend greife ich punktuell drei Sachverhalte auf, welche in der CVP-Fraktion diskutiert wurden. Nummer eins ist das Sparen und Verzicht. Noch nicht lange ist's her. Und man darf sich gerade jetzt während dieser Diskussion natürlich schon die Frage stellen: «War das wirklich notwendig?» – Vielleicht nicht. Trotzdem sind wir der Meinung, das Sparprogramm war nicht unnütz, es bedeutete keine herben Einschnitte und war letzten Endes durchaus verkraftbar – da sind wir überzeugt – und teilweise wohl auch angebracht. Der zweite Punkt ist die Vorfinanzierung. Wir begrüssen die Absicht der Vorfinanzierung von Investitionen sehr.

Die Stadt folgt damit dem Vorsichtsprinzip und dämpft damit die Effekte der neu linearen Abschreibungssystematik. Das Verschieben von Finanzlasten in die Zukunft wird damit zumindest teilweise verhindert.

Und der dritte Punkt, das sind die Investitionen beziehungsweise Schulhäuser, die anstehen. Unsere Investitionen bleiben wohl trotz positiven Aussichten eine kritische Angelegenheit. Es stehen sehr grosse Projekte an, insbesondere Schulhausbauten, ich nenne hier das Herti, vielleicht auch das Guthirt und dann später das Riedmatt. Wir erwarten hier eine enge und zukunftsorientierte Planung. Dabei ist auch die stete Abstimmung zwischen Bildung und Bau enorm wichtig. Nicht dass wir plötzlich von hunderten Kindern aus dem Nichts überrascht werden und plötzlich drei Schulhäuser miteinander bauen sollen, und das am besten schon gestern. Mit diesen Ausführungen belasse ich die punktuelle Analyse der Finanzstrategie. Entscheidend ist nämlich das Gesamtbild. Wir können uns mittelfristig die Senkung des Steuerfusses auf 54% leisten. Die Steuerausgleichsreserven werden dabei leicht abgebaut, etwas mehr oder etwas weniger, je nach Szenario, und das ist in Ordnung so, dafür ist diese Reserve mitunter da. Die Reserve wird in dieser Strategie aber nicht aufgebraucht und das ist ebenfalls von zentraler Bedeutung. Eine gesunde Reserve ist richtig und wichtig, sie macht die Stadt Zug robust gegen Krisen und finanzielle Risiken. Diese finanziellen Risiken sind tatsächlich da, zu, Beispiel die Steuervorlage 2017. Diese hat enorme Folgen für die Stadt, auch für den Kanton, aber ob die dann positiv oder negativ sind, kann heute wohl noch fast niemand abschätzen. Aber die enormen Folgen, die sind sicher. Ich nenne hier auch den ZFA und den NFA. Mit solchen Überschüssen beziehungsweise dann solchen Steuerentwicklungen werden die Verhandlungen ganz sicher nicht einfacher. Und auch die neue Steuervorlage 2017 wird Einfluss auf den ZFA und NFA haben. Und ein weiteres Risiko ist, wir haben es bereits gehört, das Klumpenrisiko der juristischen Personen, insbesondere das der Unternehmen aus den USA. Ich möchte hier keinesfalls Angst einjagen oder uns völlig davon abhängig machen. Mein gestriges Mittagsgespräch mit einem Zuger Steuerexperten, der auch eben diese 'Klumpen' berät, zeigt aber, dass die nicht nur wegen unserer schönen Promenade oder der Kirschtorte hier sind, vielleicht auch, aber sicher nicht nur. Es sind also Risiken da. Und mit einer gesunden Reserve heben wir uns insbesondere dann ab, wenn es konjunkturell etwas ruppiger wird. Kurz zusammengefasst: Die Strategie erscheint uns nachhaltig, sie geht nicht ans finanzielle Limit und wir haben weiterhin eine gesunde Reserve. Das ist ein starkes Zeichen an die Wirtschaft. Die Stadt Zug ist gesund, kann weiter Steuern senken und vor allem – und das ist eigentlich das zentrale an der ganzen Sache: Es ist keine Hauruck-Aktion, sondern eine nachhaltige Strategie, die wir auch bei aufkommenden Turbulenzen solide weiterverfolgen können. Einzelnen Punkten wie der Staffelung der Investitionen oder den finanziellen Risiken à la Steuervorlage 2017 sind allerdings weiterhin grosse Beachtung zu schenken. Die CVP Fraktion dankt für die umsichtige und breit abgestützte Erarbeitung der Strategie und nimmt den Bericht zur Kenntnis, oder positiv zur Kenntnis, wenn es das gibt.

Astrid Estermann

Die Finanzstrategie des Stadtrates zeigt auf, dass es der Stadt Zug in den nächsten Jahren gut gehen wird – soweit dies überhaupt seriös über die nächsten Jahre hinweg eruiert werden kann. Haben wir doch in den letzten Jahren schon oft erlebt, dass die Prognosen sehr schwierig sind und zum Teil auch nicht eintrafen. Es ist wichtig, dass bei negativen und auch positiven Ergebnissen nicht gleich in Hysterie ausgebrochen wird und keine Hüst- und Hot-Politik gefahren wird. In den letzten Jahren wurde gespart, die Gebühren wurden erhöht, die Spenden für Inland und Ausland runtergefahren, und so weiter. Es fragt sich heute, ob dies in diesem Ausmass tatsächlich notwendig war. Und gleichzeitig fragen wir uns, ob nicht bei gewissen Einsparungen, vor allem bei den Leistungsverträgen bei Kultur und Freizeit, wieder zu den ursprünglichen höheren Leistungen zurückgekehrt werden sollte.

Die Stadt Zug gibt im Vergleich zu anderen Städten mittlerweile viel weniger Geld für Kultur und Freizeit aus als noch früher. Und es stellt sich die Frage: Wieviel ist uns die Kultur – auch jene für junge Menschen – und die Freizeit in der Stadt Zug wirklich noch wert? Ist es in Ordnung, dass wir uns nur auf unsere Aufgaben konzentrieren und die Solidarität mit anderen über Bord werfen, auch wenn es uns ausgezeichnet geht? Auch bei den Investitionen müssen die 10-Jahres-Prognosen mit Vorsicht genossen werden. Es können plötzlich neue Projekte hinzukommen, die wir heute noch nicht kennen. Andere verzögern sich manchmal um einige Jahre oder fallen sogar weg – auch weil Einsprachen oder Abstimmungen die Planung über den Haufen werfen. Da der Kanton keine Mehrwertschöpfung bei einer Aufzoning vorsieht, muss die Stadt die Investitionen selber stemmen. Es kann nicht sein, dass die Infrastruktur z.B. mit Provisorien in der Schule abgedeckt wird, nur, weil der Investitionsplan eingehalten werden soll. Der Stadtrat sieht vor, den Steuerfuss auf 54% für die nächsten Jahre festzusetzen. Grundsätzlich tönt dies natürlich sehr positiv. Über die grosse Euphorie darob sind aber gleichzeitig die negativen Auswirkungen immer wieder vor Augen zu führen: Noch mehr sehr gut Verdienende zieht es nach Zug. Diese können sich teure Wohnungen leisten. Die Mieten und Immobilienpreise steigen weiter. Eigentümer fragen sich, ob es denn sinnvoll ist, wenn sie noch günstigen Wohnraum anbieten. Die soziale Durchmischung ist schon länger nicht mehr in einem Gleichgewicht und verändert sich weiterhin zu Gunsten von reichen Bewohnerinnen und Bewohnern. Die letzten Landreserven werden aufgebraucht. Und auch die innere Verdichtung ist mal am Ende. Das Bevölkerungswachstum nimmt sehr schnell zu – schweizweit sind wir Spitzenreiter, wie wir gerade in den letzten Tagen vernommen haben. Mehrverkehr und verstopfte Strassen sind die Folge. Immer mehr, immer teurer und immer schneller – ist das wirklich das, was wir für Zug wünschen? Aus diesen Gründen bedauert es die Fraktion der Alternativen-CSP sehr, dass der Steuerfuss weiter gesenkt wird. Und wir denken, auch mit 58% wäre die Stadt Zug nach wie vor ein sehr attraktiver Standort. Der Stadtrat hält in einem Plan B die Massnahmen fest, welche zum Tragen kommen, wenn die finanzpolitische Situation sich verschlechtert. Uns ist es sehr wichtig, dass dieser Massnahmenkatalog nicht eine Priorisierung enthält und wir bitten den Stadtrat, dies hier ausdrücklich nochmals zu erklären. Ausserdem wünschen wir, dass der Stadtrat dies auch in seiner Finanzstrategieplanung noch zusätzlich festhält: «Der Massnahmenkatalog enthält keine Priorisierung». Wir befürchten, dass nach der Steuersenkung die guten Prognosen vielleicht nicht eintreffen und – nachdem die finanzpolitischen Reserven aufgebraucht sind – gemäss Plan B als erstes die Gebühren auf die Vollkosten angepasst werden, und so weiter – als wäre dies ein Automatismus. Steuererhöhungen sollen dann nämlich, auch in unseren Augen, kein Tabu bleiben und sein. Die Alternative-CSP nimmt den Bericht des Stadtrates zu Kenntnis.

Barbara Stäheli

Der Stadtrat hat den Auftrag eine neue Finanzstrategie auszuarbeiten und dem GGR zur Kenntnisnahme zu unterbreiten. Dies tut er mit dieser Vorlage. Die Vorzeichen für die Finanzstrategie 2019 bis 2025 sind anders als vor 5 Jahren. Die Zeiten der negativen Rechnungsabschlüsse scheinen vorbei zu sein, der Selbstfinanzierungsgrad ist hoch, ebenso die Eigenkapitalquote. Beim Fiskalertrag zeigen die prognostizierten Einnahmen nach oben und der Topf der Steuerausgleichsreserve ist prall gefüllt. Laienhaft ausgedrückt kann man sagen, die Stadt Zug hat keine Geldsorgen, oder noch etwas überspitzter formuliert, die Stadt Zug schwimmt im Geld. Eine Reduktion des Steuerfusses auf 54% ist daher eigentlich naheliegend. Aber an dieser Stelle ist es wichtig einen Blick in die jüngere Vergangenheit zu werfen. Vor knapp 5 Jahren haben wir über die Finanzstrategie 2014 bis 2018 debattiert. Düstere Wolken standen damals über dem Finanzhimmel der Stadt Zug. So sagte Stadtrat Kobelt dazumal: «Die Finanzlage der Stadt Zug ist je nach Sichtweise unerfreulich bis besorgniserregend». Gemeinderat Martin Kühn folgerte: «Ab sofort heisst es Sparen, Sparen und nochmals Sparen». Das hat der Stadt- und Gemeinderat dann auch gemacht.

Verschiedenste Spar- und Verzichtsmassnahmen wurden ausgearbeitet, beschlossen und umgesetzt. Der grosse Topf der Steuerausgleichsreserve wurde aber kaum angerührt, obwohl dieser genau für die Jahre mit schlechten Jahresergebnissen geöfnet wurde. Nun haben wir rund CHF 120 Mio. in der Steuerausgleichsreserve und plötzlich ist die Erkenntnis da, dass 20 Prozent des jährlichen Steuerertrags, also CHF 40 Mio., in der Reserve genügen und Bedarfspotenzial besteht die Reserve zu reduzieren. Erstaunlich diese Erkenntnis. Diesen Reduzierungsbedarf haben die Ratslinken schon lange erkannt und gefordert. Nach dem Blick in die Vergangenheit noch ein Blick in die Zukunft, oder zurück zur Finanzstrategie 2019 bis 2025. Wie immer stützt sich der Stadtrat auf die Grundsätze «Gesunde Gemeindefinanzen», «Hochstehendes Leistungsangebot» und «Attraktive Steuerbelastung» ab. Grundsätzlich ist gegen dies nichts einzuwenden. Bei genauerer Betrachtung gibt es allerdings doch einiges einzuwenden. Das hochstehende Leistungsangebot, wie es der Stadtrat definiert, wird für die SP zu stark über Strukturen, die Zusammenarbeit mit den anderen Gemeinden und die Pflege des Wirtschaftsraums definiert. Sie können dies in der Vorlage auf Seite 10 und 11 nachlesen. Zu einem hohen Leistungsangebot gehören für die SP auch eine gute Wohn- und Lebensqualität für alle Einwohnerinnen und Einwohner, ein breites Kultur- und Sportangebot, der öffentliche Verkehr, ein gutes Bildungs- und Betreuungsangebot und noch vieles mehr. All dies ist für uns unabdingbar für ein gutes Leistungsangebot. Und genau diese erwähnten Leistungsangebote kommen immer in den Ratsdebatten unter Druck. Die Finanzstrategie beruht auf Prognosen, absehbaren Entwicklungen und Einschätzungen. Daher kann es auch anders kommen. Dafür hat der Stadtrat auch einen Plan B, wie Astrid Estermann schon gesagt hat, bei Nichterreichung der finanzpolitischen Ziele formuliert. Und mit diesem Plan B ist die SP klar nicht einverstanden. Wir gehen davon aus, dass die Massnahmen in der chronologischen Reihenfolge umgesetzt werden, wie sie notiert wurden. Die Spirale beginnt sich wieder zu drehen. Bei einem eventuell schlechten Jahresergebnis heisst es dann wieder Sparen und Leistungsangebote kürzen. Kommt es wieder zu einem Überschuss, können wir dann wieder den Steuerfuss senken, et cetera, et cetera. Es ist klar, der Steuerfusswettbewerb unter den Zuger Gemeinden gibt den Takt an und ist handlungsleitend, diesem wird alles untergeordnet, ansonsten er nicht an zweitletzter Stelle stehen würde. Da bitte ich doch auch den Stadtrat, wie Astrid Estermann, eine Aussage zu machen, ob das wie es da steht priorisiert ist. Und vielleicht noch zum Schluss etwas. Stadtrat Kobelt hat in seinen Ausführungen gesagt: «Wir wollen die juristischen Personen in dieser Stadt halten». Es wäre auch schön, wenn wir die Menschen in dieser Stadt halten würden und uns nicht nur über die Wirtschaft definieren.

Philip C Brunner

Für die Fraktion-SVP stimmt die Richtung grundsätzlich. Ich möchte daran erinnern, der Steuerfuss ist noch nicht auf 54% gesenkt. Selbstverständlich ist das eine Richtung, selbstverständlich ist das eine Absicht, die der Stadtrat hat, aber wir werden im GGR sehr genau hinschauen – und es wurden verschiedene Punkte erwähnt – es ist hier noch nichts beschlossen – noch nicht. Das ist eine Richtung, und ich glaube wir haben in der Vergangenheit genügend Pragmatismus verhindert. Mich erstaunt einfach – und das ist auch die Meinung unserer Fraktion – im letzten Dezember haben die bürgerlichen hier mit Vehemenz für diesen 58%-Steuerfuss gekämpft. Der Antrag der SVP lautete damals: Senkung auf 56%. Damals haben wir verloren, die anderen bürgerlichen haben uns da zu wenig unterstützt, um das bereits damals anzusetzen. Es geht hier um eine Langzeitwirkung, das geht nicht ganz so schnell mit den neuen Firmen und der Entwicklung einer Stadt. Und darum ist die SVP-Fraktion durchaus erstaunt – wobei, sie bedankt sich beim Stadtrat für diese Einsicht, das ist nämlich schon eine ziemliche Hürde, die da genommen wurde. Ein Argument wurde hier noch nicht erwähnt. Ich denke das wird uns – und das wird auch das nächste Jahr – prägen. Und zwar weniger die Geschichte mit dem Steuerfuss und der Finanzstrategie, sondern die Geschichte mit dem LG 22.

Ich erinnere daran, dass sich die gesamte Stadtverwaltung in einem Jahr reorganisieren muss und dass da ziemlich viele Ressourcen gebunden werden, um das fertigzubringen. Das ist sicher ein Punkt, der in dieser Finanzstrategie nicht an vorderster Stelle steht, aber ich erinnere daran, wir wollten auch bessere Arbeitsplätze für die Mitarbeitenden der Stadt. Eine grosse Mehrheit dieses Gemeinderates hat dieses Projekt unterstützt, und zwar weit über die Parteigrenzen hinweg. Und das ist sicher eine wichtige Sache. Gleichzeitig wird sich die Welt weiterdrehen, es wird einiges auf der Welt passieren und den einen oder anderen Einfluss können wir dann entsprechend zur Kenntnis nehmen. Auch wir von der SVP sind für Vorsicht, ich teile die Ansicht von gewissen Vorrednern, die gesagt haben, man müsse jetzt nicht überborden. Natürlich müssen diese Zahlen zuerst geschrieben werden. Was ich einfach – und das ist auch die Meinung der Fraktion – ein bisschen bemängelt ist, dass wenn man Gebühren erhöht – diese Entwicklung der war doch absehbar: Es war doch absehbar, dass wir zumindest positive Zahlen schreiben werden. Vielleicht wurde die genaue Zahl noch nicht erkannt im letzten November, das ist klar, auf Ende Jahr wird das eine oder andere dann etwas klarer. Aber es war klar, dass die Stadt gut unterwegs ist. Dass man da dann noch Gebührenerhöhungen vornimmt, das hat mich doch etwas erstaunt und ist ja dann auch entsprechend herausgekommen. Falsch herausgekommen, wie wir wissen. Ein weiterer Punkt, das Bevölkerungswachstum, wurde von linker Seite angesprochen – ja, das stimmt: In die Schweiz wandern netto jährlich zwei Städte ein in der Grösse der Stadt Zug, nämlich 60'000 Personen. Und das ist eine grosse Belastung für den Verkehr, für den öffentlichen Verkehr, für das Landschaftsbild, et cetera. Und mit was hat das zu tun? Genau mit dem, auf was die SVP seit langem hinweist: Mit der unkontrollierten Einwanderung. Es hat übrigens noch ganz andere Auswirkungen, nicht nur die, die ich erwähnt habe, sondern gerade auch auf die Schweizer Bevölkerung, insbesondere auf Leute, die über fünfzig Jahre alt sind und ihre Jobs verlieren, weil sie ersetzt werden durch jüngere Leute, die aus dem Ausland kommen. Auch da würde die SVP sich freuen, wenn diese Entwicklung etwas weniger stark wäre. Zum Plan B möchte ich folgendes sagen: Ich erwarte vom Stadtrat, dass er – und das ist ein bisschen meine Erkenntnis aus den letzten zehn Jahren, die ich hier im GGR erlebt habe – etwas schneller reagieren würde. Wir haben mehrfach festgestellt, dass wir zu langsam reagiert haben, vor allem mit diesem Sparen und Verzichten II, da hat eine Vorrednerin von mir gesagt man müsse aufhören – und ich bin voll einverstanden. Man muss sofort aufhören und man muss gewisse Massnahmen wieder rückgängig machen, und zwar muss das der Stadtrat machen. Der Stadtrat hat den Bürgerinnen und Bürgern beispielsweise nach Jahrzehnten die Kremationskosten auferlegt. Das könnte man mit einem Stadtratsbeschluss bereits nächsten Dienstag wieder rückgängig machen. Ich bin nicht für uferlose Ausgaben, ganz sicher nicht, aber das Korsett ein bisschen lockern, das wäre vielleicht angesagt. Es war aber – und das muss ich jetzt auch noch sagen, er wurde jetzt ein bisschen das Sparen schlechtgemacht – eine wichtige Übung, die wir da gemacht haben. Und ich gratuliere vor allem auch dem linken Stadtrat. Der linke Stadtrat hat sehr viel gemacht, gerade auch im Bereich Kultur, und gezeigt was möglich ist. Die Bürgerlichen hätten das nicht fertiggebracht. Die wäre gescheitert, da könnt ihr ganz sicher sein – und sie hätten dann dafür vielleicht andere Dummheiten gemacht. Ich erinnere daran, dass der Stadtrat beispielsweise 2011 hat Steuererhöhungen machen wollen. Können sie sich erinnern? Steuererhöhungen waren voll im Trend, das war der Antrag von Ivo Romer, Alt-Stadtrat. Der GGR ist nicht gefolgt und auf stabilem Kurs geblieben. Der GGR hat sehr viele gute, gute Entscheidungen getroffen. Das ist, was ich mit meinem Votum heute Morgen gesagt habe: Es hat sich oft nachher erst gezeigt, wie recht wir hatten. Manchmal wäre – und das ist das Votum der GPK-Kollegin Barbara gewesen – dem Stadtrat zu empfehlen, gewisse Dinge mit Ruhe laufen zu lassen und dann später vielleicht nochmal zurückzuschauen und die Sache nochmal zu diskutieren. Wie gesagt, Steuersenkungen sind noch nicht gemacht, das ist mal das eine. Jetzt komme ich noch zu einem wichtigen Punkt aus bürgerlicher Sicht. Das ist nämlich diese Mehrwertabschöpfung.

Da wurde ja bereits auf hohem Niveau gejammert über die Mehrwertabschöpfung, die ja noch nicht da sei. Und offenbar ist es der Plan des Stadtrates Mehrwertabschöpfungen zu machen. Ich möchte einfach die linke Ratshälfte daran erinnern, was das heisst am Schluss. Das zahlen wir dann am Schluss alles über höhere Mieten. Denkt ihr, dass der Investor, der seinen Grund und Boden erwirbt und eine Mehrwertabgabe macht, dies selber schluckt? Könnt ihr vergessen. Der wird euch das überweisen. Und wenn wir Angst haben vor teureren Wohnungen in dieser Stadt, dann muss man dort vielleicht auch ein bisschen zurück buchstabieren. Im Weiteren war die Idee dieser ganzen Geschichte – vom Stadtrat wird uns immer vorgemacht, wie sehr die Bevölkerung dafür sei – die Idee war, dass im Kanton Wallis und im Kanton Graubünden, wo viel zu viel eingezont ist, dass diejenigen Leute, die zurückgezont werden, dieses Geld erhalten. Es war im Ständerat und im Nationalrat gar nicht von diesen infrastrukturellen Herausforderungen die Rede, für das Zahlen die Bürger ja Einkommenssteuern. Diese Mehrwertabschöpfung hat mit der Finanzstrategie sehr viel zu tun. Diese ist nämlich in der Finanzstrategie gar nicht erwähnt, das sind ja zusätzliche mögliche Einnahmen für die Stadt Zug und da möchte ich einfach aus Sicht der SVP sagen, dass wir das absolut nicht unterstützen werden. Und der Entscheid des Kantonsrats, in dieser Sache einen Marschhalt zu befahlen, war sehr richtig. In diesem Sinne danke ich und wünsche dem Stadtrat und seiner Finanzstrategie viel Erfolg. Das ist nämlich auch unser Erfolg. Danke.

Stefan Huber

Einige meinen, dass der Bund Milliardenüberschüsse erzielt, nur um dann das nächste Sparpaket zu beschliessen. Sie glauben, der Kanton würde aus purer Bosheit bei den Schwächsten sparen, um dann mit unerwarteten Gewinnen die Steuern für Reiche und Unternehmen zu senken. Sie haben das Gefühl, die Stadt Zug wäre gebetsmühlenartig am Steuern senken und am Sparen und Verzichten I und II. Wenn Sie zu jenen gehören, welche diese Ansicht teilen, so kann ich sie enttäuschen. Ihr Bauchgefühl täuscht Sie. Wenig davon entspricht der Realität. Und nichts davon hat etwas mit der Finanzstrategie zu tun, die wir hier und heute diskutieren. Und doch haben wir Grünliberale ein gewisses Verständnis für diese Gefühlsthemenvermischungsverwirrung. Denn es darf durchaus bemerkt werden, dass unsere Kantonsregierung etwas zur Selbstsabotage neigt. Zumindest dann, wenn sie dort ein paar Tausender einspart, wo pressewirksam mit verschuldeten Rentnern und süssen Katzenbildern Empörung über die kantonale Finanzstrategie geschürt werden kann. Dasselbe mit unserer Stadtregierung. Es entbehrt nicht einem gewissen Masochismus, ohne Not, ausgerechnet dann die Gebühren zu erhöhen, wenn die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger bald ihr Auto vor einem der Wahllokale parkieren. Konservativ zu budgetieren ist nichts Unredliches. Sparen und Verzichten war und wird immer mal wieder nötig sein. Wenn Sie merken, dass das Geld aufgrund ausserordentlicher Investitionen in der nächsten Zeit knapp werden könnte, dann sparen und verzichten Sie auch. Und wenn Sie dann feststellen, dass am Ende ein kleines Plus oder ein grosses Plus übrig bleibt, dann sind Sie kein schlechter Mensch, nur weil Sie in der letzten Zeit dem Kinderhilfswerk nichts gespendet und ihrer Schwiegermutter nur noch eine statt zwei Flaschen Wein zum Geburtstag geschenkt haben. Genauso ist es mit unserer Stadt. Eine Finanzstrategie, die ermöglicht, dass investiert wird, diese Investitionen generationenübergreifend absichert, die Schulden im Griff hält, Stabilität gewährleistet, die Steuerbelastung senkt und zu alledem auch noch ausgeglichen ist – das ist schlicht und ergreifend einfach eine wirklich gute Strategie. Vielleicht sind wir schon so zugverwöhnt, dass einige von uns die wenigen Steuern und die Steuerstabilität gar nicht mehr zu schätzen wissen. Sie dann einen Schritt weitergehen und Begehrlichkeiten entwickeln, für die dann die grossen Steuerzahler aufkommen sollen. Gerade diejenigen sollten dieser Finanzstrategie zustimmen, weil sie wissen wie wichtig unsere Steuerattraktivität angesichts unserer Auslandsabhängigkeit ist. Uns Grünliberale würde es ja schon wundernehmen, wie man dann sparen oder Steuern eintreiben will, wenn auch nur eine Handvoll der grösseren Unternehmen aus der Stadt Zug wegziehen würde.

Alles in allem profitiert Zug enorm von ihrer Politik und wir tun gut daran, diese Politik im Sinne der Finanzstrategie weiterzuentwickeln. Nach den überdurchschnittlich hohen Investitionen und dem Sparen und Verzicht der letzten Jahre ist die Stadt Zug mit einem aufgeräumten Budget und der neuen Finanzstrategie 2019 bis 2025 sehr gut gerüstet. Wir Grünliberale danken dem Stadtrat für seine gute Arbeit und empfehlen Ihnen, die Finanzstrategie 2019 bis 2025 zustimmend zur Kenntnis zu nehmen.

Barbara Gysel

Philip C. Brunner hat ausgeholt und das Weltbild der SVP wiedergegeben. Ich glaube einiges können wir nicht ganz so stehen lassen und ich vermute und interpretiere es als eine gewisse Doppelzüngigkeit. Philip C. Brunner, du hast darüber geklagt, dass wir eine hohe Zuwanderung haben. Ich verstehe die Politik, die du damit verbindest, aber nicht ganz. Im GPK-Bericht auf Seite 9 ist zu lesen, woher die Fiskalerträge kommen und welche Auslandabhängigkeit wir haben. Wenn man sich gleichzeitig darüber beklagt, wie die Zuwanderung zunimmt, dann ist das ein Widerspruch. Wenn man die Zuwanderung senken will, müssten die Steuern erhöht werden, damit es weniger Zuwanderung – auch von ausländischen Firmen – gibt. Ich interpretiere das schlicht als Widerspruch. Zum zweiten Punkt, der Mehrwertabschöpfung: Das ist ein Déjà-vu zur Diskussion, die wir im Kantonsrat gehabt haben und haben werden. Es werden in Bälde neue Vorschläge kommen und ich glaube da geht es eigentlich um ein urliberales Prinzip, nämlich um eine verursachergerechte Abschöpfung bei einmaligen Kosten, bei einmaligen Investitionen. Und ich glaube, dass würde grundsätzlich sehr wohl in die Finanzstrategie der Stadt Zug passen.

Philip C. Brunner

Geschätzte Kollegin, danke, dass du mir die Gelegenheit gibst, da doch noch ein paar Punkte klarzustellen. Zur Mehrwertabschöpfung möchte ich dir sagen, dass bei der letzten Sitzung vom Kollegen Vollenweider ein Postulat genau zu dieser Thematik überwiesen wurde. Also hat es doch eine Relevanz in der Stadt. Zur Zuwanderung: Wir wehren uns natürlich gegen diese übertriebene Zuwanderung. Und das ist überhaupt kein Widerspruch zu diesen Firmen, die da sind. Wir wollen ein System, das auswählt, wer hierherkommt. Und selbstverständlich wollen wir möglichst die besten internationalen Spezialisten haben, sei es in der Medizin, sei es in der Pharmaindustrie oder hier auf dem Finanzplatz. Und das muss möglich sein. Wir wollen einfach nicht die Freizügigkeit die die Europäische Union mit uns festlegt und bei der jedermann, von der griechischen Insel bis ans Nordkap, hier hineinspazieren kann – und dann auch noch in die Sozialwerke. Das ist doch der Punkt den wir bekämpfen, wir bekämpfen doch nicht die Wirtschaft. Ein wichtiger Punkt wurde erwähnt. Es kommen tatsächlich 80 Millionen von den Finanzunternehmen hier, von den juristischen Personen genauer gesagt. Und dass diese Unternehmen auf ausländische Arbeitskräfte angewiesen sind, das haben wir nie bestritten. Wir bestreiten, dass jedermann hierher kommen kann und sich hier in die Sozialwerke hinein begeben kann, das ist der Punkt.

Tabea Zimmermann

Ich habe zwei Punkte, der erste geht an den Herrn Stadtrat. In seiner Finanzstrategie, bei der Ausgangslage, bei der Darlegung der Grundsätze, spricht er von der Gesetzmässigkeit, von der Sparsamkeit, von der Wirtschaftlichkeit und von der Wirksamkeit. Ich möchte dem Herrn Stadtrat gerne ans Herz legen, dass er nicht von Sparsamkeit spricht, sondern von Effizienz oder Zielgerichtetheit. «Geiz ist geil» hat bei einem Standort, der von so hoher Qualität ist und einen so hohen Qualitätsanspruch hat wie Zug, nichts verloren. Der zweite Punkt, den ich gerne ansprechen möchte, geht an den GPK-Präsidenten, bezüglich des Hinweises auf das Klumpenrisiko, ein Punkt, der auch vom CVP-Fraktionssprecher erwähnt worden ist. In Anbetracht eben dessen, von diesem Klumpenrisiko – in Anbetracht der Tatsache, dass zwei

Drittel der 25 Topsteuerzahler aus den USA kommen – würden wir gerne anregen, dass man eben nicht gewisse Steuersenkungen beschliesst, sondern halt allenfalls einen Steuerrabatt definiert, falls man diese 8-Jahres-Rechnungsausgeglichenheit erreicht haben muss. Bei der Rede, die der GPK-Präsident am Anfang gehalten hat, hat er am Schluss dem Stadtrat ans Herz gelegt, er solle doch die Ausgaben und die Einkünfte nicht weiter wachsen lassen. Also ich würde dies auch begrüßen - für alle, die gewisse Wachstumskritik äussern: Die Ausgaben nicht wachsen zu lassen, die Einnahmen nicht wachsen zu lassen, das geht am allerbesten mit einem Nullprozent-Wachstum.

Karl Kobelt, Stadtrat

Recht herzlichen Dank für diese sehr engagierten und vielfältigen – und naturgemäss auch unter kontrovers ausgefallenen – Voten. Ich erlaube mir, noch einige Bemerkungen aus der Sicht des Stadtrates – und versuche das effizient und effektiv – an dieser Stelle anzubringen. Eine Entwicklung, eine Strategie ist immer eine Momentaufnahme. Blenden wir doch ein paar Jahre zurück. Erinnern Sie sich an die Jahre 2010 bis 2014? Wir haben damals, in diesen fünf Jahren, kumulierte Defizite von zusammengerechnet über 20 Millionen Franken geschrieben. Deshalb haben wir diese Spar- und Verzichtspakete geschnürt, die – und das möchte ich an dieser Stelle doch nochmal erinnernd festhalten – bei Ihnen auf eine sehr hohe Akzeptanz gestossen sind. Ich gebe zu, persönlich bin ich heute bedeutend entspannter. Entspannter auch, weil ich spüre, dass wir ein derart attraktiver Standort sind, dass wir vielleicht auch finanzpolitisch schlechtere Jahre doch überstehen können. Aber Hand aufs Herz, wie hätten Sie reagiert, wenn der Stadtrat damals seinen Kopf in den Sand gesteckt und nicht reagiert hätte. Bereits, es wurde erwähnt, der Stadtrat der Jahre bis 2014 hat eben agiert und versucht nachhaltig die finanzielle Situation in dieser Stadt zu verbessern. Und das fand bei Ihnen durchaus Anerkennung und Unterstützung. Besten Dank. Im Übrigen waren diese Sparpakete keine Schmerzprogramme, sondern versuchten die Last auf möglichst viele Schultern zu verteilen und damit eben auch eine hohe Akzeptanz zu erzielen. Zweitens, zum guten Leistungsangebot: Ja, wir haben nicht jeden Posten, jede Position, jede attraktivitätssteigernde Veranstaltung hier erwähnt, die gibt es durchaus und das ist auch richtig so. Aber wissen Sie, was das Starke daran ist? Dass die Gesellschaft, die Personen der Stadt Zug, die Bevölkerung zu einem grossen Teil diese Veranstaltungen vorantreiben und verantworten. Das ist doch eine tolle Geschichte. Und hier sind wir wirklich in, ich würde fast sagen paradiesischen Zuständen. Zum Plan B, der kontrovers zur Kenntnis genommen wurde, an dieser Stelle vielleicht soviel: Erlauben Sie mir einige Punkte herauszugreifen. Ich glaube, wenn man die Strategie genau liest, sind die Antworten betreffend Priorisierung bereits gegeben.

- Finanzpolitische Reserven beanspruchen – ja, falls nötig, haben wir ausgeführt.
- Gebühren auf Vollkosten anpassen – in dieser aktuellen, ich sage aktuellen, Finanzsituation sind Gebührenerhöhungen naturgemäss nicht im Vordergrund.
- Entlastungspakete ausarbeiten – der Stadtrat hat es gesagt: Solange wir nicht in eine Krise geraten, diese Erfolgsgeschichte fortschreiben können, steht das im Moment in grösserem Rahmen nicht zur Diskussion. Wir wissen nicht, wie die Welt morgen aussieht, aber heute nicht.
- Verzinliches Fremdkapital aufnehmen – selbstverständlich, wenn wir damit wichtige Investitionen finanzieren können.
- Steuerfuss erhöhen – gleiche Antwort, im Moment nicht opportun.
- Und Finanzvermögen veräussern – haben wir ganz klar gesagt, nein, steht nicht zur Diskussion in dieser Situation, in der wir uns aktuell befinden.

Ich versuche zum Schluss zu kommen. Es geht immer um Menschen, auch in der Finanzpolitik. Und der Stadtrat wird demnächst mit der Aktionsplansumsetzung der Volksinitiative «Wohnen in Zug für alle» kommen. Hier können wir ein Stück weit auch (unverständliches Adjektiv) dafür

sorgen, dass diese Stadt Zug lebendig und durchmischt bleibt. Besten Dank für Ihre insgesamt wohlwollende Entgegennahme der Finanzstrategie 2019 bis 2025.

Astrid Estermann

Sehr geehrter Herr Karl Kobelt, Sie haben auf meine Frage keine Antwort gegeben. Meine Frage war: Sie schlagen vor, dass die Steuern auf 54% gesenkt werden und in Ihrem Plan B haben sie eine Aufzählung und ich möchte von Ihnen wissen, ist das eine priorisierte Aufzählung, das heisst, wenn es uns nicht mehr gut geht, gehen wir von oben nach unten – also zuerst kommt die Reserve, dann die Gebühren, glaube ich, und dann weiss ich die Reihenfolge nicht mehr – oder ist es einfach eine Aufzählung von möglichen Punkten die dann angeschaut werden? Das ist für uns ein zentraler Punkt. Wenn es nämlich eine Priorisierung ist – angenommen wir senken die Steuern und es geht uns dann nicht gut – dann steht eine Steuererhöhung an zweitletzter Stelle und vorher kommen alle anderen Punkte wieder zum Tragen. Wieder Sparübungen, wieder Gebührenerhöhungen – wir sind damit nicht einverstanden. Ich möchte Ihnen das einfach dezidiert sagen und auf diese Frage haben Sie jetzt eigentlich keine Antwort gegeben.

Karl Kobelt, Stadtrat

Ich glaube, ich habe inhaltlich sehr wohl Antwort gegeben. Aber ich möchte mich jetzt nicht quasi im Namen des Stadtrates festlegen müssen und es ist im Prinzip auch nicht abgesprochen, ob wir jetzt genau so vorgehen oder nicht. Aber es liegt auf der Hand. An erster Stelle steht: Finanzpolitische Reserven beanspruchen – ja, selbstverständlich. An letzter Stelle: Finanzvermögen veräussern – nein, sicher nicht. Also ich glaube, das sollte genügen, gewissen Spielraum müssen Sie der Exekutive auch in diesen Fragen schon noch lassen. Ich glaube, wir waren deutlich genug.

Ergebnis

Ratsvizepräsident Bruno Zimmermann stellt fest, dass der Rat vom Bericht und Antrag des Stadtrat Kenntnis genommen hat und keinen Antrag auf ablehnende Kenntnisnahme gestellt wurde.

7. Motion der SVP-Fraktion vom 20. März 2017 betreffend Verwendung des Kleinschulhauses Riedmatt 3

Es liegt vor:

Bericht und Antrag des Stadtrats Nr. 2479 vom 13. März 2018

Jürg Messmer

Wir danken dem Stadtrat für den ausführlichen und sehr aufschlussreichen Bericht. Worum ging es bei unserer Motion? Einerseits wurden uns damals diese Modulpavillons als das Nonplusultra angepriesen. Wenn sie an einem Ort nicht mehr gebraucht werden, dann kann man diese an einem anderen Ort wieder hinstellen. Nun so einfach ist es offenbar nicht, also dies kommt aus diesem Bericht hervor oder jedenfalls nicht ohne grössere Kostenfolge. Dies nehmen wir so zur Kenntnis. Und wir waren der Ansicht, Schulraum soll eben Schulraum bleiben. Da sich die Fertigstellung des Erweiterungsbaus nun bis zum Sommer 2020 verzögert wegen verschiedenen Einsparungen, ist dies bedauerlich.

Zu den vom Stadtrat aufgelisteten verschiedenen Optionen:

Mit der Option A2 wird, wie erwähnt, ausgeführt, dass Modulpavillons eben nicht wirklich geeignet sind und schon gar nicht versetzbar sind.

Die Option B, die wäre eigentlich unseren Wunsch. Wenn man die Begründungen anschaut, dann muss ich sagen, ja es schockiert uns, dass wegen Kindern, welche spielen, toben und sich bewegen bereits im Vorfeld Reklamationen von Anwohnern bzw. Lärmimmissionen gerechnet werden muss. Ja, ich frage Sie, dürfen denn unsere Jugendlichen wirklich nirgends mehr Kinder sein? Gleichzeitig ist aber offenbar ein Quartiertreff kein Problem. Nun ich gehe mal davon aus, dort wird weder grilliert noch gibt es bald eine Feier oder sonst irgendwie eine Party.

Die Option C ist gemäss Stadtrat die beste Variante. Zur Situation vom Quartiertreff: Scheinbar gibt es da keine andere pragmatische Lösung, als eben die, in den Räumlichkeiten des Kleinschulhauses. Aus den nun vorgeschlagenen gemeinsamen Raumnutzung von Freizeitbetreuung und Quartiertreff erhofft man sich viele Synergien. Dies schreibt der Stadtrat auf der Seite 4 und 5 des Berichtes: "Räume können ausserhalb der Öffnungszeiten von der Freizeitbetreuung genutzt werden und sollte die Nachfrage für Plätze in der Freizeitbetreuung weiter steigen, können diese Räume für zusätzlichen Mittagstisch genutzt werden." Dies ist das Versprechen vom Stadtrat.

Ja, was soll ich jetzt sagen? Es ist uns nicht leichtgefallen, zu diesem Thema eine Entscheidung zu treffen. Die Entscheidung wurde innerhalb der SVP-Fraktion nicht leichtgemacht. Vor allem nicht leichtgemacht von der Forderung des Quartiertreffs im Riedmatt. Denn kaum war unsere Motion eingereicht, bekam ich Telefonate von empörten Quartierbewohnern, welche fast ultimativ forderten, die Motion zurückzuziehen. Der Quartiertreff sei schon lange versprochen und man habe nun ein Anrecht darauf.

Auch die verschiedenen Leserbriefe, die immer wieder gestreut wurden zu diesem Thema, waren nicht gerade förderlich bei der Entscheidungsfindung in unserer Fraktion. Schlussendlich jedoch hat die SVP-Fraktion den Antrag der Stadt überzeugt. Nicht wegen der Leserbriefen, nicht wegen den genannten Telefonanrufen, sondern eben wegen Kosten/Nutzung.

Der Bericht vom Stadtrat nehmen wir zur Kenntnis. Wir sind mit der nichterheblich-Erklärung einverstanden und auch mit der Abschreibung dieser Motion. Jetzt möchte ich aber betont haben, dass die versprochene gemeinsame Nutzung dieser Synergien, die dann eben fliessen sollten, da erwarten wir von der SVP-Fraktion, dass diese dann auch tatsächlich funktionieren.

Wir hatten schon andere Geschäfte hier im Rat, ich erinnere an die Chollerhalle und an die Galvanik, wo wir auch über Synergien damals diskutiert hatten. Soviel ich weiss, funktionierten die am Anfang sehr lange nicht, wie man es uns hier im Rat schmackhaft machen wollte.

Angesichts der fortgeschrittenen Zeit und da wir als Motionäre eben mit dem Antrag des Stadtrates einverstanden sind, mache ich mein Votum nicht länger. Wir wünschen dem Stadtrat

bei der Umsetzung viel Erfolg. Wir wünschen dem Quartierverbund, wenn denn der Quartiertreff tatsächlich mal steht, auch viel Erfolg. Wir hoffen, dass sie nicht zu gross feiern gehen, denn sonst könnten ja von den Anwohnern dann Reklamationen eingehen. Ausser - die Quartiere wollen eben die Kinder nicht, denn Kinderlärm scheint das grösste Problem zu sein, dass wir hier in der Stadt haben. Wir wünschen allen ein gutes Gelingen. Wir danken dem Stadtrat für den Bericht und Antrag und wie gesagt, wir unterstützen den Antrag.

Rupan Sivaganesan

Vorweg, die SP-Fraktion ist gegen die erheblich-Erklärung der Motion. Ich habe gerade gehört, die SVP-Fraktion lockert ihre Knöpfe und deshalb verzichte ich auf mein vorbereitetes Votum. Wir folgen dem Vorschlag des Stadtrats und an dieser Stelle möchten wir uns auch beim Quartierverein Westwind bedanken für ihr ehrenamtliches Engagement zum Wohl des Quartiers im Riedmatt.

Benny Elsener

Lebensqualität in unseren Quartieren zu schaffen, Rahmenbedingungen für Kinder, Familien und die älteren Generationen zu pflegen, das ist unsere Aufgabe und wird von uns auch erwartet. Zudem ist es der schöne Teil unserer Pflichten. Heute ist das Quartier Lorzen auf der Traktandenliste. Nutzen wir die Chance, diesem Quartier einen langersehnten Wunsch und das wichtige Bedürfnis nach einem Begegnungsort zu erfüllen. Im Gebiet Riedmatt gibt es kein Café und keine Läden. Das Kleinschulhaus, mit wenigem Aufwand, eignet sich als Quartier Treffpunkt. Eine Gruppe der Quartierbewohner hat bereits ein Betriebskonzept für einen Quartiertreff erarbeitet und wird dies in Freiwilligenarbeit betreiben können.

Der Stadtrat mit seinen Mitarbeitern hat ausführliche Abklärungen getätigt und in der Vorlage deutlich aufgeführt. So, dass wir für eine gute Sache eintreten können. Das Kleinschulhaus soll eine Zweitnutzung bekommen, den langersehnten Quartiertreff.

Wir von der Fraktion CVP begrüßen die Vorlage des Stadtrates, nehmen den Bericht zur Kenntnis und erklären die Motion der SVP als nicht erheblich und sei abzuschreiben.

Freuen wir uns auf die ersten Kaffeetreffe und Kindergeburtstage im neuen Quartiertreff Kleinschulhaus Riedmatt 3.

Tabea Zimmermann

Wir von der Fraktion Alternative-CSP unterstützen die Pläne des Stadtrates, das Kleinschulhaus in der Riedmatt künftig der Freizeitbetreuung, wie auch als Quartiertreff zur Verfügung zu stellen. Es freut uns sehr zu hören, dass dies auch die Motionäre unterstützen. Alle reden heutzutage von generationenübergreifenden Projekten und von Freiwilligenarbeit. Man sieht, dass der Gesellschaftszusammenhalt nicht mehr selbstverständlich ist in unserer Gesellschaft wegen der einerseits verstärkten Individualisierung und andererseits auch wegen der hohen Mobilität. Im Quartier Guthirt spielt das Quartiertreff eine grosse Rolle für den Zusammenhalt des Quartiers. Weder der Stadtrat noch die Stadt ist dort für das Quartierleben verantwortlich, sondern Freiwillige tun dies aus dem Quartier. Diese verwalten den Quartiertreff selber und stellen das Programm zusammen. Der Quartiertreff hat sich dort bestens bewährt und das wird sich auch so zeigen im Riedmatt Quartier.

Hier bietet sich die Gelegenheit, dass die Stadt weitere gute Partnerschaften eingehen können, mit Quartierbewohnern aus der Riedmatt und mit dem Quartierverein Westwind. Diese werden dann ein abwechslungsreiches Programm auf die Füsse stellen, zum Beispiel von Spielabend zu Fondueabend oder ein WM-Beizli oder was weiss ich. Kerzenziehen, Oster-Schmücken. Der Betrag von CHF 9'000.00, welcher die Stadt spricht, wird eine grosse Hilfe sein, dass sich dann diese Engagierten auf die Arbeit konzentrieren können und nicht das finanzielle Risiko tragen müssen. Orte, wo sich Menschen treffen und engagieren können, sind enorm wichtig für den Zusammenhalt der Gesellschaft. Als Präsidentin der Nachbarschaftshilfe KISS Zug sehe ich, was

ein Quartiertreff alles auslösen kann an Aktivitäten. Zum Beispiel können wir dort im Quartiertreff Guthirt regelmässig zu Gast sein und für die Durchführung unseres KISS-Kafis oder des KISS-Mittagessens sind dann auch die Quartierbewohner eingeladen. Und da treffen sich Leute, es ist gegen Einsamkeit eine gute Prävention. Insgesamt wird die Lebensqualität gestärkt. Ohne Räumlichkeiten aber, wo solche Treffen stattfinden können, ist das nicht möglich. Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit und wünsche Ihnen allen viel Freude und Befriedigung auch bei Ihrem eigenen ehrenamtlichen Engagement.

David Meyer

Die Riedmatt, idyllisch im Grünen, entlang der Lorze, viel Freiraum, allein auf der Flur. Das war anno damals. Die Riedmatt ist zu einem stattlichen Quartier mit viel Familien und viel Durchmischung herangewachsen. Es ist urban unterwegs.

Der Westwind wirbelt im Quartier nicht nur Blätter auf, sondern der Westwind als Verein wirbelt auch Leute auf. Motiviert für ehrenamtliche Aktivitäten zum Wohle der Gemeinschaft. Das gefällt uns Grünliberalen und es gefällt uns auch, dass im Zuge der aktuellen Möglichkeiten die Stadt Hand bietet für einen Quartiertreff.

Und es freut uns auch, dass wir einen kompetenten Stadtrat haben, nicht nur inhaltlich zum vorliegenden Thema, sondern, so wie er schreibt, kann die Sache auch finanziell in der Kompetenz des Stadtrates realisiert werden. Wir unterstützen den Antrag des Stadtrats gerne.

Vroni Straub, Stadträtin

Vor Ihnen steht eine doch ziemlich glückliche und zufriedene Stadträtin. Vielmehr muss ich fast gar nicht sagen, ich danke vor allem den Motionären. Ich finde es schön, dass der Stadtrat Sie überzeugen konnten, dass passiert ja nicht immer so. Und ich glaube, Sie haben erkannt, dass es auch nicht unbestritten ist, dass das Quartier sehr wächst, weiterwächst und dass es dort kein Quartiertreff hat. Und dass hier mit diesen CHF 9'000.00 im Jahr Hilfe zur Selbsthilfe geboten wird. Ich denke damit schliesse ich danke ganz herzlich. Auch der Gruppe, die hier schon war, die Betriebskommission ist schon bereits in der Startnähe und ich bin auch sehr froh, dass wir dann mit der Arbeit loslegen können.

Ergebnis

Ratsvizepräsident Bruno Zimmermann stellt fest, dass der Rat den Bericht des Stadtrats zur Kenntnis genommen und keinen Antrag auf Erheblicherklärung gestellt hat. Der Rat hat somit dem Antrag des Stadtrats zugestimmt und die Motion nicht erheblich erklärt. Die Motion kann somit von der Geschäftskontrolle abgeschrieben werden.

8. Postulat SP-Fraktion vom 24. Februar 2017: Für einen neu gestalteten nördlichen Zugang zum Bundesplatz

Es liegt vor

Bericht und Antrag des Stadtrats Nr. 2480 vom 27. März 2018

Karin Hägi

Es tut sich was, endlich! Acht Jahre ist es her, seit die SP-Fraktion das erste Postulat zum Bundesplatz eingereicht hat. Wenn wir bei uns Zuhause auch so lange mit dem Aufräumen zuwarten, würden wir wahrscheinlich als Messies betitelt.

Das Projekt „Aufräumen“ wurde sehr lange vertagt. Anstatt dass wenigstens versucht wurde, den nördlichen Zugang zum Bundesplatz zu verbessern oder den Dreispitzplatz etwas aufzuwerten, passierte über Jahre oder eher Jahrzehnte gar nichts, weil immer noch auf die Studie, den Wettbewerb oder den Stadttunnel gewartet wurde. Nun steht im Bericht des Stadtrates, dass eine optische Öffnung und Entschlackung bis im Sommer umgesetzt werden soll. Die entsprechenden Massnahmen wurden mir in einem persönlichen Gespräch auch noch etwas detaillierter erläutert. Sie gehen alle in die richtige Richtung und werden den Bundesplatz sicherlich etwas freundlicher machen.

Auch um den Bundesplatz herum soll aufgeräumt werden. Zur Neugestaltung Alpen- und Gotthardstrasse läuft aktuell ein Wettbewerb. Das Siegerprojekt wird im September präsentiert. Die Umsetzung einer verbesserten Verkehrsführung und der attraktiven Aussenraumgestaltung soll dann ab 2020 erfolgen. Dies wird zwar nicht den nördlichen Bundesplatz aufwerten, wohl aber den Strassenraum rundum. Was dann der ursprünglichen Bedeutung und Ausstrahlung der Alpen- und auch der Gotthardstrasse hoffentlich wieder etwas gerechter wird. Wie heisst es doch so schön: Gut Ding will Weile haben.

Ende gut, alles gut? Nein, es ist weder das Ende dieser Geschichte, noch ist alles gut. Denn auf dem nördlichen Bundesplatz, und um den geht es ja in unserem Postulat, ist immer noch kein attraktiver Fussgängerbereich geschaffen worden. Nächstes Jahr kann das 30-jährige Jubiläum des Bebauungsplans Bundesplatz Ost gefeiert werden. 30 Jahre in denen der Bebauungsplan auf dem städtischen Grundstück nicht umgesetzt wurde.

Ob der damalige Stadtrat wirklich mehr als 30 Jahre im Sinn hatte, als er in seinem Bericht vom 18. August 1987 schrieb: *„Längerfristig“* er hatte wohl eine Ahnung *„sollte der nördliche Bundesplatz (Dreispitz) jedoch vom ruhenden Verkehr befreit und durch einen neuen grosszügigen Fussgängerbereich mit Grünanlagen und einem gedeckten Veloabstellplatz ersetzt werden. Mit dieser Massnahme könnte ein weiterer attraktiver Fussgängerbereich im Stadtzentrum geschaffen werden, was u. a. auch den Zielsetzungen der Zentrumsplanung entspricht.“*

Dies war 30 Jahre her. Seit 29 Jahren wird die Bestimmung aus dem Bebauungsplan nicht realisiert. Wohl sind einige Anläufe zur Umsetzung unternommen worden, aber weiter ist man noch keinen Schritt. Die Stadt als Land-Eigentümerin kommt hier ihrer Pflicht immer noch nicht nach. Ich bin mir nicht sicher, ob man sich bei privaten Bauherrschaften auch so lange verträsten lassen würde. Der SP-Fraktion ist ab der langen Wartezeit die Zuversicht etwas abhandengekommen. Wie lange dauert das Studienverfahren, das im Frühjahr 2019 gestartet werden soll? Dauert die Umsetzung des grosszügigen Fussgängerbereichs mit Grünanlagen dann nochmals 30 Jahre?

Die SP-Fraktion nimmt den Bericht zwar zur Kenntnis, stellt aber den Antrag, das Postulat nicht als erledigt abzuschreiben, sondern weiterhin pendent zu lassen. Da das eigentliche Anliegen noch nicht erfüllt ist. Vielen Dank für Ihre Unterstützung.

Corina Kremmel

Dass nach den vergangenen Jahren nun die Problematik "nördlicher Zugang Bundesplatz" wiederaufgenommen wird, ist erfreulich. Im Bericht des Stadtrates ist auch der Terminplan ersichtlich, welcher nun auch verpflichtet oder zumindest verpflichten sollte. Was uns jedoch gänzlich fehlt, ist die Beachtung der Arkaden, sprich die Bahnlinie zum Bahnhof bis zur Neustadt bzw. Poststrasse, welche im Plan eingezeichnet sind, jedoch nicht genannt werden. Die Arkaden dienen teils als Durchgang vom Bundesplatz zum Metalli oder zur Neustadt. Diese haben grosses Entwicklungspotenzial. So sind die Arkaden zurzeit dunkel, neigen zur sogenannten Littering- oder "Versäuberungs-" Orten und werden als Durchgänge kaum beachtet. Insbesondere der Platz der alten Tramhaltestelle, bzw. zwischen Vögele Shoes und der öffentlichen Toilette, kann man gewiss anders nutzen und verschönern. Wir von der CVP werden mit Vorbehalt einen Vorstoss einreichen, um diesen Arkaden mehr Beachtung zu schenken. Ich bin sicher, dass wir dort etwas Schönes gestalten können, wie es zum Beispiel in der Stadt Lausanne bereits geschehen ist. Diese haben auch solche Arkaden und diese Orte zählen als sehr hipper Treffpunkt und die Arkaden sind sehr beliebt. Die CVP nimmt den Bericht des Stadtrats zur Kenntnis.

Manfred Pircher

Wir danken dem Stadtrat für seine Beantwortung des Postulates. Die Stadt hat bereits für Studien und Planungen Geld ausgegeben, dies ist auch bei der Antwort der Chronologie ersichtlich, aber bis zur Klärung der Projektierung der Tiefgarage wurde das Verfahren sistiert. Bei dem nördlichen Zugang wünscht die Postulantin alles Unnötige zu entfernen, d.h. Kiosk, Velounterstand, Pflanzen und Autos. Beim Gotthardhof wird der Vorplatz bei schönem Wetter zu einer Gartenwirtschaft umfunktioniert und die Leute müssen links oder rechts herumlaufen, was aber bis jetzt niemand gestört hat, nicht einmal die Postulantin. Aber was ist alles für die SP unnötig? Natürlich geht es wieder einmal um oberirdische Parkplätze, die weg müssen, um den Kiosk, der sei ein Schandfleck, wurde früher einmal gesagt. Nun redet man von einer Sperre des nördlichen Zuganges und Empfanges in unserer Stadt. Natürlich kann man bei der neuen Planung mit Bepflanzungen einiges attraktiver machen. Jedoch gibt es in allen Städten der Schweiz solche Plätze, wo der Fussgänger und der Individualverkehr grösser ist und man nicht einfach mit dem Velo überall hindernisfrei durchbrettern kann. Die SVP ist klar für ein unterirdisches Parkhaus mit Verbindung zum Bestehenden, aber auch die Einfahrt und Ausfahrt kann dortbleiben, wo sie ist. Wir von der SVP-Fraktion befürchten erneut einmal, dass der Stadtrat schon wieder, wie beim Postplatz, den grossen Fehler begehen will, alle oberirdischen Parkplätze zu eliminieren. Dies werden wir mit allen Mitteln zu verhindern wissen. Bleiben wir für alle Verkehrsteilnehmer eine attraktive Stadt und hören wir auf, Autofahrer gegen andere Verkehrsträger auszuspielen. Das Gewerbe und die Bürgerinnen und Bürger werden es uns verdanken. Wir brauchen diese oberirdischen Parkplätze dringend. Seien wir gewerbefreundlich und vertreiben wir nicht noch mehr in die Agglomeration, wie die Hauptpost und andere Betriebe. Die SVP-Fraktion nimmt Kenntnis von diesem Bericht und beschliesst Abschreibung.

Ignaz Voser

Lieber André Wicki. Wir erlauben uns, dich hier als Bauchef anzusprechen. Du hast in deinen Wahlunterlagen damit geworben, du wolltest Sorge tragen zu unserer Stadt. Hier kannst du deinen Tatbeweis ernst nehmen. Er wird sehr vielen Leuten Freude machen, wenn alles gut gelingt. Sorge tragen zu unserer Stadt manifestiert sich auch darin, wie man mit Aussenräumen und Plätzen der Stadt Zug umgeht, sie tagtäglich nutzt, sie möbliert, sie bespielt und natürlich auch was man damit nicht tut über 30 Jahre hinweg oder was man explizit nicht will auch über 30 Jahre hinweg. Wir von der Fraktion Alternative-CSP begrüssen, dass beim Zusammentreffen von Gotthardstrasse, Alpenstrasse und quasi der verlängerten Bahnhofstrasse, endlich etwas vorwärtsgehen soll, auch wenn dies erst ein kleiner Schritt ist, der ins Auge gefasst wurde. Wir

appellieren an den Stadtrat, mutiger und entschlossener vorzugehen als in den vergangenen 30 Jahren. Unsere stetig wachsende Stadt benötigt dringend schönere und attraktivere Aussenplätze, wie es für eine Kantonshauptstadt richtig wäre. Klar lesbare Strassenführungen und Platzgestaltungen würde vielen Leuten helfen, sich besser orientieren zu können oder auch mal kurz inne zu halten und sich hinzusetzen. Die heute an dieser Schnittstelle, Bundesplatz, unklare und verbaute Situation macht einen eher hilflosen und sehr provisorischen Eindruck. Vor allem ortsunkundigen Besuchern unserer Stadt ist es völlig schleierhaft, warum hier die Bahnhofstrasse so abrupt und in einem Engpass endet. Besonders wichtig scheint uns die Lösung für den blauen Bereich, so auf dem Plan eingezeichnet. Hier besteht ein grosses Gestaltungspotenzial zum Beispiel für einen offenen Stadtpark mit Sitzgelegenheiten mit Springbrunnen und Kunstobjekten. Ähnliches ist ja der Stadt und dem Kanton bei dem Stadtpark bei der Stadtbibliothek schon gelungen. Also sollte es hier ja auch möglich sein. Wir hoffen, dass die nun angedachten Lösungen nicht wieder zu einer endlosen "Pflasterlipolitik" verkommen und wir weiterhin am Ende der Bahnhofstrasse über diese unsäglichen Stellriemen am Bundesplatz stolpern. Es wäre höchste Zeit endlich Nägel mit Köpfen zu machen, die einen Grossteil unserer Bevölkerung zu erfreuen vermögen. Wir von der Fraktion Alternative-CSP nehmen von der Antwort des Stadtrates Kenntnis, erlauben uns diese aber ohne wirklich grosse Begeisterung zu tun. Vor allem die zeitliche Abwicklung scheint uns schon längst überstrapaziert. Wir wünschen uns in Zukunft etwas mehr Wertschätzung bei so wichtigen Orten der Stadt und Lösungen, für die möglichst viele Zuger und Zugerinnen Stolz empfinden können. Ideen und Studien gab's nun wirklich genug. Macht was draus! Leider wird es mit dem nun angedachten Vorgehen noch für längere Zeit bedeuten: Achtung, Augen zu und durch. Schade! Zug hätte etwas Besseres verdient.

Peter Rütimann

Der Bundesplatz, auch Dreispitzplatz genannt, hat in der Vergangenheit schon viele Veränderungen erlebt. Sogar zum Kirschtorten-Platz sollte er umgetauft werden. Das konnten wir Gott sei Dank doch abwenden. Wahrlich, dieser Platz hat schon viele Varianten präsentiert. Siehe Bilder hier aus dem Archiv von Oski Rickenbacher vor über 120 Jahren. Dabei war die grüne Wiese, wo heute das COOP-Gebäude steht. Da fuhr 10 Tage vorher die erste Bahn nach Zürich. Die ersten Gleise des Bahnhofs waren ungefähr dort. Dann wurde der neue Bahnhof gebaut, in Beachtung der Gotthardbahn. Man sieht rechts eben dieses Gebäude, dass einem Maler gehörte und seine Werkstatt drinnen war, dort ist der Bundesplatz. Das hat sich ja wohl verändert. So um 1940, hier ganz rechts, da der Platz. Und der Platz, natürlich der Bundesplatz, ist in der vergangenen Stadtentwicklung so entstanden.

Man sieht auch hier, waren die ersten Parkplätze ungefähr 1950. Da war noch die Villa Weber dort. Also hinsichtlich Gestaltung war er wirklich nie ein Hit. Heute ist er vorwiegend ein bewirtschafteter Parkplatz mit Kiosk und Veloabstellplatz.

Das Postulat der SP verlangt vom Stadtrat einen Vorschlag für einen einladenden und von Unnötigem befreiten nördlichen Zugang zum Bundesplatz. Da seht ihr ungefähr, ich muss das nicht nochmal neu kommentieren, ihr könnt das selbst lesen. Die nördliche Passage vom und zum Bundesplatz ist tatsächlich vor und nach dem ÖV-Reisezeiten für die Fussgänger nicht optimal. Ebenso präsentiert sich der Bundesplatz von Norden her betrachtet nicht ideal, er versteckt sich. Die Fusswege sind optisch versperrt durch Kiosk, Velounterstand, Werbetafeln und auch durch Bepflanzungen. Wir hoffen mit dem Wettbewerb für eine geniale Neugestaltung des Bundesplatzes inklusiv optimierte Verkehrsführung und unterirdisches Parkhaus doch noch ein Hit entstehen könnte. Der Terminplan zur Ideenfindungen, Planung und zum Realisierungsbeginn erscheint uns doch etwas sportlich. Aber die FDP nimmt die Antwort des Stadtrates, wie auch das Vorgehen zur Umsetzung von diesem Projekt positiv zu Kenntnis. Das Postulat kann von der Pendenzenliste abgeschrieben werden.

Barbara Müller

Kennen Sie Nicole? Die Grosse, Starke von Josef Rickenbacher, ein Suchbild. Die meisten Zuger kennen sie nicht. Aber sie steht seit vielen Jahren dort. Und die meisten gehen achtlos an ihr vorbei. Ich liebe sie. Sie ist standhaft, sie ist beharrlich und sie steht da ganz unscheinbar. Und ich hoffe, dass sie mit der Neugestaltung einen würdigen Platz erhält, wo sie mehr Beachtung bekommt und dass sie nicht verschwindet.

André Wicki, Stadtratsvizepräsident

Ja liebe Barbara, stell dir vor, ich würde die Nicole abreißen, da hätte unsere Baujuristin gar keine Freude.

Ja meine Damen und Herren 30 Jahre in der Tat eine sehr, sehr lange Zeit, da hast du Recht Karin. Aber ich möchte eigentlich unseren Vorgängerinnen und Vorgängern auch ein bisschen die Stange halten. Die 30 Jahre, sie haben die Chronologie entsprechend gelesen, die hat es schon ein bisschen in sich. Der erste Bewilligungsplan wurde aufgehoben vom Verwaltungsgericht. Es wurde ein Bebauungsplan gemacht, der kam vor das Volk. Wurde Billigmässig mit 75 zu 25% angenommen und schlussendlich vom Verwaltungsgericht entsprechend wieder aufgehoben. Dann hatten wir noch ein kleineres Thema Stadtmodell und Zentrumplus. 14. Juni 2015, wenn es mir Recht ist, war die Abstimmung. Also es ist noch nicht so lange her und gleich darauf hat der Gesamstadtrat eigentlich den ganzen Frust wieder in Gang gesetzt. Sei das mit einer Verkehrsanalyse, sei das mit dem Projektwettbewerb oder schlussendlich mit einer Studie, die dann entsprechend kommen wird. Also ich bin davon überzeugt, wir sind wieder auf dem richtigen Weg. Ich hoffe es werden seitens des Verwaltungsgerichts nicht schon wieder irgendwelche Ideen auf den Plan gebracht. Wenn ich vom Plan spreche, dann möchte ich Ihnen mal den Bebauungsplan von 1989 zeigen. Das sind wirklich noch gute und vor allem überschaubare Bebauungspläne. Also es gibt hier keinen Anhang, wie wir das auch heute haben. Besten Dank.

Bruno Zimmermann teilt mit, dass der Stadtschreiber ihn darauf aufmerksam gemacht hat, dass das Nichtabschreiben eines Postulats eigentlich in der GSO nicht vorgesehen ist.

Bruno Zimmermann stellt fest, dass Karin Hägi, trotzdem an ihrem Antrag festhält und daher über den Antrag der SP-Fraktion abgestimmt wird.

Abstimmung

über den Antrag der SP-Fraktion für Nichtabschreibung:

Für Nichtabschreibung stimmen 16 Ratsmitglieder, für Abschreibung stimmen 19 Ratsmitglieder.

Ergebnis

Ratsvizepräsident Bruno Zimmermann stellt fest, dass der Rat dem Antrag auf Nichtabschreibung nicht zugestimmt hat, dass der Rat den Bericht des Stadtrats zur Kenntnis genommen hat und dass das Postulat von der Geschäftskontrolle abgeschrieben werden kann.

9. Mitteilungen

Der diesjährige GGR-Ausflug unter dem OK des GGR-Präsidenten Hugo Halter und des Gemeinderates Richard Rüegg wird am Samstag, 8. September 2018, ab 10:00 Uhr durchgeführt. Weitere Details inkl. Anmeldeformular folgen später.

Die nächste Sitzung des GGR findet statt:

Dienstag, 8. Mai 2018, 17.00 Uhr

Für das Protokoll

Martin Würmli, Stadtschreiber